

Konzept der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Bergneustadt, Begegnungsstätte Hackenberg

Vorwort

hiermit legt das Team der BGS Hackenberg, Dipl. Sozialarbeiterin Gitta Esch, Dipl. Sozialarbeiterin (BA) Elisabeth Lütticke, Dipl. Sozialarbeiter Michael Zwinge und Dipl. Sozialpädagoge Michael Morfidis ihr Resümee einer über 30 - jährigen Sozialarbeit im Stadtteil Hackenberg und ihr Arbeitskonzept für die Zukunft vor. Es ist für die interessierte Öffentlichkeit bestimmt und soll zur Diskussion anregen. Natürlich ist damit auch der Wunsch nach Anregungen, Verbesserungen und zukünftiger Mitarbeit verbunden.

Ausgangslage

Wohl kaum einer der jetzigen Bewohner/Innen des Stadtteils Hackenberg weiß um die Entstehungsgeschichte und die Entwicklung ihres Wohnortes. Dies ist auch kaum verwunderlich, da fast 100 % der heutigen Bevölkerung aus über 40 Nationen, bzw. den unterschiedlichsten Teilen Deutschlands, zugezogen ist. Auch bedeutete der Stadtteil vielen Bewohner/Innen, dass er nur eine Zwischenstation in der Lebensplanung ist und war. Die Mieterfluktuation betrug lange Jahre durchschnittlich 20 % (Bundesdurchschnitt 7 %). Wesentlicher Einschnitt in eine eigentlich normale Entwicklung eines Dorfes mit knapp 200 Bewohnern war Ende der sechziger Jahre der sog. Beginn eines Demonstrativbauvorhabens. Der Stadtteil sollte einmal mehr als 10.000 Einwohner haben. Zurzeit hat der Stadtteil Hackenberg 2825 Einwohner (Stand zum 31.12.2017).

Mit diesem sog. Demonstrativbauvorhaben waren viele Planungsfehler verbunden. Es begann der Abstieg einer Hochhaussiedlung zum sogenannten „Ghetto“. Schon früh versuchten Bürger/Innen des Stadtteils ihre Situation zu verbessern. Doch immer erst im Nachhinein wurden vor allem Infrastrukturverbesserungen oder soziale Einrichtungen geschaffen. Fehlplanungen ließen sich jedoch nicht rückgängig machen, lediglich konnte die bestehende Situation verbessert werden (Bau von Kindergärten, Schule, Sporthalle und Kirchengemeindehäuser, etc).

Der explosionsartige Anstieg der Wohnbevölkerung, die unterschiedlichsten Lebenshintergründe, Kulturen und Religionen, sowie viele Probleme in Familien und bei Einzelpersonen ließen soziale Spannungen entstehen. Der Stadtteil wurde bald als sozialer Brennpunkt bezeichnet. Ein kommunikatives Zusammenleben, Nachbarschaftshilfe und ein Gefühl der Zugehörigkeit konnte so nicht entstehen.

Ursprünglich waren die Ansiedlung von Arbeitskräften und die Wohnungsnot Ausgangssituation für das Demonstrativbauvorhaben. Anfang der 80er Jahre verursachte die Massenarbeitslosigkeit, wovon überdurchschnittlich Bewohner/Innen des Stadtteils betroffen waren und auch heute noch sind, eine Verschärfung der sozialen Spannungen. Gleichzeitig

zeigte sich, dass über Bedarf Wohnungen erstellt worden waren. 1983 standen mehr als 135 Wohnungen leer, in 2014 wird sich diese Zahl vervielfacht haben (genaue Daten sind nicht zu ermitteln). Insbesondere Jugendarbeitslosigkeit schaffte zusätzlichen sozialen Sprengstoff.

Die Vielzahl sozialer Probleme Ende der siebziger Jahre veranlasste den Rat der Stadt Bergneustadt zwei Sozialpädagogen einzustellen, da erkannt wurde, dass die Anforderungen an soziale Dienste keineswegs von der zuständigen Kreisbehörde im notwendigen Umfang geleistet werden konnte. Angesichts dieser Erkenntnis wuchsen die Arbeitsfelder, aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit von Sozialarbeit als dringende, dezentrale Aktion zu verstehen.

Zunächst begann städt. Sozialarbeit im Bereich der sozialen Einzelfallhilfe. In Zusammenarbeit mit der GGS Hackenberg wurde eine Anlaufstelle für die Bewohner des Hackenbergs geschaffen. 1981 folgte die Aktion Bauwagen mit dem Ziel des Aufbaus einer "Initiative Hackenberg".

Engagierte Bewohner/Innen gründeten einen Verein unter Vorsitz von Friedhelm Julius Beucher, mit dem Ziel ein Jugendzentrum zu bauen. Aus dem Verein wurde schließlich der "Verein der Freunde und Förderer des Jugendzentrums/Bürgerhauses Hackenberg und Verein für soziale Dienste".

Der Rat der Stadt Bergneustadt beschloss Ende 1983, nach langen Diskussionen, eine Begegnungsstätte für den Stadtteil bauen zu lassen und unter städtischer Trägerschaft zu betreiben. **Am 20.09.1985 nahm die Begegnungsstätte ihre Arbeit auf.**

Bestimmung der Ziele der Begegnungsstätte Hackenberg

" Ich bin sehr froh, dass nach langer Anlaufzeit dieses Haus nun am 20. September seiner Bestimmung übergeben werden kann. Bestimmung, damit meine ich, dass dieses Haus eine Stätte der Begegnung wird...", so der Beginn des Grußwortes des Bürgermeisters K.S. Noss aus dem Jahre 1985.

Des Weiteren wurde erwartet, dass die Begegnungsstätte eine Stätte der Freude, des Austausches auch kritischen Gedankengutes und des gesellschaftlichen Fortschrittes wird, so der 1. Vorsitzende des Vereins für soziale Dienste 1985.

Die Begegnungsstätte sollte ein Haus sein, in dem man miteinander Gemeinschaft pflegt, in der große und kleine Veranstaltungen und Familienfeiern stattfinden, sie soll eine Anlaufstelle für Gespräche sein, ein echtes Bürgerhaus für jeden in der Stadt werden und positive Impulse für den Stadtteil Hackenberg sollten von Ihr ausgehen.

Die städtische Sozialarbeit verfolgte ein Konzept, dezentraler und stadtteilorientierter Sozialarbeit, mit dem sozialen Missständen begegnet werden sollte.

Der Bau der Begegnungsstätte bedeutete die dringend notwendige Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der Freizeit. Mit ihr wurde eine intensive städt. Sozialarbeit vor Ort möglich. Es konnte ein ausreichendes Raumangebot geschaffen werden, dass vielfältige Nutzungsmöglichkeiten zuließ. Verschiedenste Institutionen und Organisationen sollten ihre Angebote in die Begegnungsstätte hineinbringen.

Die zu entwickelnde Sozialarbeit sollte dabei besonders die in ihrer sozialen Interaktion benachteiligten Bevölkerungsgruppen berücksichtigen und ihnen Hilfestellung bei ihrer Organisierung und ihren Aktivitäten geben.

Ferner sollte sie zur Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren werden.

Als Arbeitsschwerpunkte wurden festgelegt:

Jugendarbeit, Ausländer- und Integrationsarbeit, Beratungs- und Bildungsarbeit, sowie Kulturarbeit.

Resümee einer über 30-jährigen erfolgreichen Sozialarbeit

Mit der Eröffnungsfeier und der Aufnahme des Betriebes der BGS haben die Bewohner/Innen des Stadtteiles ihre Begegnungsstätte angenommen. Insgesamt ist sehr erfreulich, dass sich das Haus, das Programm und die in der BGS handelnden Menschen immer weiterentwickelt haben. Einen Stillstand hat es nie gegeben.

Personell begann die Arbeit mit einem hauptamtlich beschäftigten Sozialarbeiter, ergänzt durch einen Anerkennungspraktikanten und einer Sozialarbeiterin in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM). In dieser Personalkonstellation war es möglich, die an die BGS gestellten Aufgaben und Erwartungen anzugehen und eine Arbeitsgrundlage zu schaffen.

In den folgenden Jahren wurde eine kontinuierliche Entwicklung der Sozialarbeit durch einen unzureichenden Stellenplan gefährdet. In vergleichbaren Einrichtungen (Größe und Aufgabengebiet) waren mindestens drei hauptamtliche Kräfte fest angestellt. Es stellte sich bald heraus, dass eine ABM keine Personallösung darstellte.

Dies deshalb, weil ein Stelleninhaber/In jederzeit in eine feste Arbeitsstelle wechseln konnte, bzw. die Stellen nicht sofort nachbesetzt wurden und somit die Kontinuität unterbrochen wurde.

Aufgrund der vorgeschilderten Situation war in den folgenden Jahren eine hohe Fluktuation des Personals zu verzeichnen. Zum einen erhielten die ABM-Kräfte keine Festanstellung und wechselten daher, und die Beschäftigung im Anerkennungszeitraum belief sich auf 12 Monate. Hinzu kam ein ständiger Wechsel im haustechnischen Bereich mit der Beschäftigung von Zivildienstleistenden (ZDL). Nach 10 Monaten waren 8 Mitarbeiter eingearbeitet worden. Erschwerend kam hinzu, dass zeitliche Lücken bis zur Neubesetzung zu überbrücken waren,

Mehrstunden bzw. Reduzierung des Angebotes waren die Folge, ganz problematisch spitzte sich die Situation bei Krankheit/Urlaub zu.

Bis August 1986 war der haustechnische Dienst überhaupt nicht geregelt. Schon nach wenigen Monaten wechselte die ABM in eine Festanstellung eines anderen Trägers. Die Folge war, dass die Öffnungszeiten nicht in vollem Umfang geleistet werden konnten und das Mehrstunden für die übrigen Mitarbeiter anfielen und die Entwicklungen in ihrer Kontinuität unterbrochen wurden. 1987 reduzierte sich das Personal auf den hauptamtlichen Sozialarbeiter Michael Zwinge und den Sozialarbeiter im Anerkennungsjahr Ralf Noss. Erneute Reduzierung der Öffnungszeiten war die Folge. Hieraus resultierte massiver Protest der Jugendlichen Besucher der Einrichtung. 1988 wurde erneut eine ABM- Stelle für die soziale Arbeit eingerichtet. Somit konnte eine Sozialarbeiterin, auf ein Jahr befristet, beschäftigt werden. Nach diesem Jahr waren erneut beide Stellen nicht besetzt.

Im Herbst 1989 spitzte sich die Situation zu. Über Monate hinweg war Michael Zwinge allein beschäftigt, massive Einschränkungen des Betriebes auf der einen und Mehrstunden auf der anderen Seite die Folge.

Die Mehrheit des Rates und die Verwaltungsspitze erkannten jetzt, dass eine befriedigende und dauerhafte Personallösung gefunden werden musste. Der Antrag der FDP auf Beschäftigung eines Stadtbrandmeisters als nicht pädagogischer Mitarbeiter löste jedoch heftige Reaktionen und Widerstand aus. Im Januar 1990 wurde diesem Widerstand Rechnung getragen und die Erweiterung des Stellenplanes um eine Sozialarbeiterin beschlossen. Im Gegenzug wurden die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und die Stellen im Anerkennungsjahr, sowie eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit des Sozialarbeiters M. Zwinge auf 30 Wochenstunden vereinbart.

Am 01.08.1990 wurde die Sozialarbeiterin Gitta Esch als zweite hauptamtliche Kraft, mit dem Auftrag der Entwicklung der arbeit mit Mädchen, eingestellt.

Zeichneten sich in den ersten fünf Jahren erfolgversprechende Arbeitsansätze und Maßnahmen ab, die in ihrer Kontinuität durch die Personalmisere unterbrochen wurden, so begann nun der effektive und qualitative Ausbau der Sozialarbeit der BGS Hackenberg.

Die BGS Hackenberg befindet sich mittlerweile im 33. Betriebsjahr

Die aktuelle personelle Situation der BGS Hackenberg stellt sich wie folgt dar:

Gitta Esch mit einer Teilzeitstelle (25 Wochenstunden), Michael Morfidis mit einer Teilzeitstelle (32 Wochenstunden BGS inkl. allgemeiner Verwaltung und Leitung der Einrichtung), Elisabeth Lütticke mit einer Teilzeitstelle (32 Wochenstunden), Michael Zwinge mit einer Teilzeitstelle (10 Wochenstunden), Hauswartinnen Stelle (NN), mit einer Teilzeitstelle (25 Wochenstunden) und 2 Stellen des Bundesfreiwilligendienstes (Bufdi). Zusätzlich werden Praktikanten und Honorarkräfte für verschiedene Projekte eingesetzt.

Die bei der Eröffnung erklärten Ziele und Aufgaben sind erreicht. Darüber hinaus sind viele weitere Aufgaben bewältigt worden. Die BGS ist tatsächlich zu einem multikulturellen Treffpunkt von jung und alt geworden.

Von der Kinder- und Jugendarbeit, über Erwachsene bis zum Treff der zweiten Jugend (Seniorenarbeit) erreicht die BGS alle Altersgruppen. Ob Deutsch ob Ausländer, ob Altbürger oder Neubürger jede(r) besucht Veranstaltungen und Gruppen in der BGS oder nimmt soziale Dienste in Anspruch.

Großer Beliebtheit erfreuen sich die Räumlichkeiten zur Nutzung für private Anlässe, allerdings lässt sich in letzter Zeit beobachten, dass die Nutzung rückläufig ist. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Entwicklung mit den Preissteigerungen für die Anmietung und dem jetzt einzuhaltendem Bestuhlungsplan zusammenhängt.

Mit Veranstaltungen und Kursen haben Vereine, Kreisvolkshochschule, Initiativen, Verbände und Einzelpersonen zu einer vielfältigen Nutzung beigetragen. In vielen Einzelfällen konnten die Sozialarbeiter/Innen direkt helfen oder zu einer Lösung beitragen.

Von der Begegnungsstätte Hackenberg sind verschiedene Impulse für den Stadtteil und darüber hinaus (Stadtteilgespräch und Stadtteilfest, Stadtteilzeitung, Kinder- und Jugendparlament, Ausbildungsbörse, Diskussionen um Wohnumfeldgestaltung und Spielplatzsituation (Projekt Hackenberg), Initiative Pro Jugend, Forum der Internationalen Begegnung, Stadtranderholungen, Zirkus Orlando ...) ausgegangen und haben damit Ausstrahlung und Wirkung auf das ganze Stadtgebiet.

Damit ist die BGS- Hackenberg der Voreiter der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtgebiet.

Die Mitarbeiter/Innen haben den Dienst für die Menschen immer als positiv und erfolgreich erlebt, auch wenn damit Schwierigkeiten und starke Belastungen zusammenhängen.

Leistungsbilanz der pädagogischen Arbeit

Trotz der personellen Probleme in den ersten 5 Jahren war es möglich eine intensive Sozialarbeit vor Ort aufzubauen. Die BGS wurde zum Kristallisationspunkt der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Sie ist Anlauf-Gesprächs- und Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren in persönlichen und familiären Angelegenheiten geworden.

Über Stadtteilgespräch, -zeitung und stadtteilbezogene Veranstaltungen sind insgesamt wichtige Impulse gesetzt worden, bzw. werden Funktionen wahrgenommen. Auch hat die Arbeit der Begegnungsstätte Anteil daran, dass sich das Image des Stadtteils verbessert hat. Es sind in diesem Prozess zusätzlich Menschen integriert worden, die motiviert und interessiert an Verbesserungen arbeiten.

So beurteilt die GeWoSie die Errichtung und den Betrieb der BGS als wesentlichen Schritt sozialer Verbesserungen im Stadtteil. Sie bewertet die Arbeit als so wichtig, dass das Leistungsangebot uneingeschränkt weitergeführt werden muss. Insbesondere sollen Kommunikation statt Vandalismus und Bindungen durch Begegnung als Ersatz für die nicht vorhandene gewachsene Struktur aufgebaut werden. Aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren, hat der Nachbarschaftshilfeverein der GeWoSie zwei Nachbarschaftstreffe auf dem Hackenberg eröffnet, die nicht nur den Mietern der GeWoSie zur Verfügung stehen, sondern allen Bewohner des Stadtteils Hackenberg. Die GeWoSie legt hierbei auch weiterhin einen besonderen Wert auf die vernetzte Zusammenarbeit mit der BGS Hackenberg.

Wesentliches Leistungsmerkmal der BGS ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Der größte Teil der Öffnungszeit, Veranstaltungen und Projekte sind auf diese Besuchergruppen zugeschnitten. Hier konnten im Laufe der Jahre eine Reihe von Erfolgen einer offensiven pädagogischen Arbeit vermerkt werden. Ein breites Leistungsspektrum, von Angeboten und Hilfen bindet eine große Zahl Kinder und Jugendlicher an die BGS.

Des Weiteren ist ein kontinuierliches Angebot für Senioren entstanden. Wöchentliche Gymnastik, Entspannungsübungen, Vorträge, Diskussionen und gemeinsame Treffen sind die Inhalte dieser Arbeit, die darauf abzielen Selbständigkeit, Gesundheit und Teilhabe am öffentlichen Leben zu fördern. Die BGS wird auch aufgrund der Demografieentwicklung insgesamt im Bereich der Seniorenarbeit neue Wege gehen.

Aufgrund des hohen Bevölkerungsanteiles an ausländischen Mitbürgern/Innen und Spätaussiedlern lag der Schwerpunkt der Integrationsarbeit nahe. So bildeten Veranstaltungen und Projekte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen und Organisationen (NISA, deutsch/türkischer Freundschaftskreis) einen Schwerpunkt. Damit konnte das Aufbrechen der Isolierung einzelner Bevölkerungsgruppen erreicht werden und bestehende Vorurteile weitestgehend abgebaut werden. Es entwickelte sich Verständnis für kulturelle Unterschiede. Wobei dies ein ständiger Prozess ist, der immer wieder weiterentwickelt werden muss.

Die Beratungs- und Bildungsarbeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene konnte kontinuierlich ausgebaut werden. Verschiedene andere Träger wie KVHS und das Kreisjugendamt erweitern diese Angebote.

Kulturarbeit war und ist ein notwendiger Bestandteil der Arbeit der BGS. Zahlreiche Veranstaltungen verfolgen die Ziele der Förderung individueller, manueller und intellektueller Begabungen, den Abbau von emotionalen Barrieren und Hemmungen, die Herstellung und Förderung kooperativen Sozialverhaltens und Freude und Spaß für sich selbst und andere aktiv zu erleben.

Künftige Rahmenbedingen für die städtische präventive Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit (nicht nur) in der Begegnungsstätte Hackenberg

Die BGS- Hackenberg ist eine Einrichtung der Stadt Bergneustadt und nach dem Verwaltungsgliederungsplan dem Fachbereich I zugeordnet, sie wird vom Oberbergischen Kreis als pflichtige Aufgabe der Stadt Bergneustadt angesehen.

Als Ergebnis der päd. Arbeit der letzten Jahre ist eine Akzeptanz, Anerkennung der Fachlichkeit und hoher Stellenwert der Arbeit innerhalb der Stadtverwaltung und Öffentlichkeit gegeben. Sozialarbeit wird als professionelle Tätigkeit anerkannt und in Planungen, Prozessen und Entscheidungen einbezogen. So werden die pädagogischen Mitarbeiter/innen in fachlichen Fragen auch um Stellungnahme gebeten.

Orientierung nach dem KJHG als öffentliche Einrichtung der Jugendarbeit

Als Einrichtung der öffentlichen Jugendhilfe, kann das KJHG als gesetzliche Grundlage für die Arbeit herangezogen werden. Wesentlicher Ausgangspunkt ist §1 Abs. 1 des KJHG.

Danach gilt: ” Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.”

Die Zielgruppe der zu installierenden Maßnahmen reicht bis zum 27. Lebensjahr. Das Gesetz definiert Kindheit bis zum 14. Lebensjahr, Jugendlicher ist, wer 14 aber nicht 18 Jahre ist, als junger Volljähriger zählt wer 18 bis 27 Jahre alt ist und als junger Mensch, wer noch nicht 27 Jahre alt ist.

Aufgaben sind:

- Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung junger Menschen
 - Benachteiligungen vermeiden bzw. abbauen
 - Beratung von Eltern oder anderen Erziehungsberechtigten
 - Kinder und Jugendliche vor Gefahren für Ihr Wohl schützen
 - positive Lebensbedingungen für junge Menschen schaffen, und
 - eine kinder- und familienfreundliche Umwelt erhalten oder schaffen
- In der Jugendhilfe ehrenamtlich tätige Personen sollen bei Ihrer Tätigkeit angeleitet, beraten und unterstützt werden.
- Die Zusammenarbeit soll mit Schulen und Stellen der Schulverwaltung, Einrichtungen und Stellen der beruflichen Aus- und Weiterbildung, öffentl. Gesundheitsdienst, Arbeitsagentur, Trägern anderer Sozialleistungen, Gewerbeaufsichtsamt, Polizei und Ordnungsbehörden, JVA, Einrichtungen der Ausbildung für Fachkräfte der Weiterbildung und Forschung stattfinden.

Leistungen sollen sein:

- Angebote der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes
- erforderliche Angebote zur Förderung der Entwicklung bereitstellen
- Die Angebote sollen an den Interessen der Jugendlichen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mit gestaltet werden,
- die Jugendlichen zur Selbstbestimmung befähigen und sie zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

Schwerpunkte der Jugendarbeit:

- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner politischer , sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung.
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit
- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit
- internationale Jugendarbeit
- Kinder- und Jugenderholung
- Jugendberatung

Grundrichtung der Erziehung soll die Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen sein!

In der Ausführung dieser Aufgaben sind zu beachten:

- von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung und religiöse Erziehung
- die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis zu selbständigen und verantwortungsbewusstem Handeln,
- sowie die besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien.
- der Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenslage von Mädchen und Jungen,
- das Abbauen von Benachteiligungen und die Förderung der Gleichberechtigung.

§ 3 freie und öffentliche Jugendhilfe

Die Stadt Bergneustadt nimmt nach § 69 KJHG Aufgaben für den örtlichen Bereich wahr.

Die Bewältigung dieser Aufgaben erfordert den Einsatz öffentlicher Gelder. Mit der Errichtung und dem Betrieb der BGS über 30 Jahre hat die Stadt Bergneustadt im Vergleich zu anderen Städten des Oberbergischen Kreises vorbildliches geleistet. Aus der bisherigen Erfahrung und der Einschätzung der momentanen gesellschaftlichen Entwicklung (Fortdauer der Massenarbeitslosigkeit, Veränderung der familiären Strukturen, Einfluss von Medien und deren rasanten Veränderung, Schwierigkeit für Heranwachsende bei der Entwicklung von eigenen Lebensperspektiven) reichen die bisherigen Maßnahmen nicht aus, den Aufgaben und Zielen, die aus dem KJHG erwachsen, gerecht zu werden. **Die soziale Arbeit für das gesamte Stadtgebiet ist auszubauen.**

Finanzierung der Kosten des laufenden Betriebes

Das Land und der Kreis haben in 2013 mit einer Summe von 143.013,24 € (Personalkostenzuschuss, Verwaltungsgemeinkosten- und allgemeiner Sachkostenzuschuss) zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der BGS Hackenberg beigetragen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, sowohl beim Kreis, wie auch beim Landschaftsverband eine Bezuschussung für innovative Jugendprojekte zu bekommen. Diese Möglichkeiten der Bezuschussung wurden und werden wahrgenommen.

Bisher ist es nicht gelungen regelmäßig Finanzierungen von innovativen Projekten aus Mitteln des Landesjugendplanes ins Oberbergische zu holen. Hier sind Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft.

Wir stellen fest:

- Ein Inflationsausgleich findet seit Jahren nicht statt.
- auf besondere Situationen kann nicht mehr adäquat reagiert werden, es sei den über Fremdfinanzierung (Zuschüsse, Spenden).

Die Erfahrungen mit der Budgetierung sind zwiespältig, da nicht unerheblicher Verwaltungsmehraufwand bei dem Produktverantwortlichem pädagogischen Mitarbeiter entsteht. Allerdings wurden durch eine Erweiterung des Stundenkontingentes der Pädagogischen Mitarbeiter und der Verwaltungsumstrukturierung in Produkthaushalte Freiräume für diese Verwaltungsarbeit geschaffen.

Es stellen sich folgende Fragen:

- wird der BGS- Hackenberg in Zukunft ein höherer Etat zur Verfügung stehen oder bleibt er auf jetzigem Niveau?
- sollen die pädagogischen Mitarbeiter sich künftig mehr um verwaltungstechnische Aufgaben bemühen oder soll der Schwerpunkt in der pädagogischen Arbeit bleiben/sein?

Förderverein - Verein der Freunde und Förderer des Jugendzentrums/Bürgerhaus Hackenberg und Verein für Soziale Dienste in Bergneustadt e.V.

Ursprünglich beabsichtigte der Förderverein ein Jugendzentrum mit arbeitslosen Jugendlichen zu bauen. Aufgrund der veränderten Landesförderung, änderte sich das Vorhaben in den Bau einer Begegnungsstätte mit entsprechend großem Raumangebot. Der Bau und die Einrichtung wurden mit 1,1 Millionen DM veranschlagt. Daher entfiel der ursprüngliche Ansatz, das Haus selber zu bauen. Der Förderverein entwickelte aber ein Arbeitslosenprojekt. Das Projekt hat einen derartigen Umfang angenommen, dass die Vereinsarbeit fast ausschließlich darauf beschränkt ist.

In den ersten Jahren lag die Unterstützung durch den Verein vorwiegend bei der Hausaufgabenhilfe, Bauspielplatz, Bewirtung und Fahrten. Mitte der 90`Jahre wurde eine Computerschule und ein Internetcafe eingerichtet, für diese beiden Bereiche wurde in den ersten Jahren auch Personal zur Verfügung gestellt. Hierbei handelte es sich um EDV Fachleute und pädagogisches Fachpersonal. Bevor sich die Stadtverwaltung, mit der Einstellung (mit Kreismitteln gefördert) eines Diplom Sozialpädagogen, um den damaligen Bereich „Hilfe zur Arbeit“ kümmerte, hat der Verein zwei Fachkräfte für diesen Bereich direkt in der BGS beschäftigt.

Mögliche Entwicklungen der Freizeit und Naherholungsfunktion der BGS – „Bewegung – Erleben - Wahrnehmen“

Spiele: Bolzplatz, Basketball, Volleyball, Kinderspielplatz, Minigolf, Skater- Übungsplatz, Abenteuerspielplatz, Seil-Balance

Sport: Kletterwand, Kletterwald, Rundwanderweg/Waldlehrpfad, Parcours für Mountain- Biker

Ausbau der ”Bewirtung”: Stadtteilcafe

Pädagogisches Konzept

Im November 1984 schrieben die Sozialarbeiter der Stadt Bergneustadt im Konzept zur Kinder-, Jugend- und Kulturarbeit in Bergneustadt die Stadtteilorientierung sozialer Arbeit als Konzept für die BGS fest. Dieses Konzept ist in den vergangenen 30 Jahren die Grundlage des pädagogischen Handelns gewesen.

Immer dann, wenn Zusammenhänge des Lebens im Stadtteil im Vordergrund standen (zum Beispiel deutsch/ausländische Initiative, Stadtteilstern, Stadtranderholungen, Situation der Kinder, Wohnumfeld) konnten Vorurteile und Fremdheit aufgebrochen werden und Motivation gemeinsamen Handelns entwickelt werden.

Über Stadtteilzeitung, - feste, Veranstaltungen, Gespräche usw. ist der Entfremdung entgegengewirkt worden, sind ”Beheimatung” und Prozesse des Entstehens eines Gemeinwesens eingeleitet worden.

Die Angebote waren immer offen, Einzelpersonen sind immer zur Mitarbeit angesprochen worden, bzw. Hilfestellung bei der Bewältigung von Lebenssituationen angeboten worden, so dass Beiträge zur tendenziellen Aufhebung und Überwindung von Entfremdung geleistet wurden. Die Mitarbeiter/innen der BGS regen immer zu eigenständigem Handeln und Wirken an.

Die Mitarbeiter/Innen haben Probleme der Menschen immer ernst genommen und versucht, mit den Betroffenen an der Problembewältigung zu arbeiten und Problemlösungen zu finden. Sie haben Belege dafür, dass bei der persönlichen Entwicklung von Einzelpersonen, Beiträge

zu selbstbestimmten und verändertem Handeln geleistet werden konnten. Dies lässt sich sogar auf einige Zielgruppen oder Personengruppen hin manifestieren.

Im Arbeitsbereich "Treffpunkt" konnte alltägliches Handeln der Besucher und Mitarbeiter so gestaltet werden, dass oft exemplarisches solidarisches Miteinander eingeübt wird. Diese "alternativen" Alltagserfahrungen der Besucher/Innen zeigen auch Wirkungen nach außen.

Bei diesen vielfältigen Prozessen nahmen die Mitarbeiter/Innen immer auch die Notwendigkeit wahr, auf strukturelle Gegebenheiten, die die Entfaltung, die persönliche Veränderung und die Eigentätigkeit verhinderten, bzw. unmöglich machten, gemeinsam mit den Betroffenen aufzugreifen, bewusst zu machen und wenn möglich zu verändern.

Die Mitarbeiter/Innen beschreiben die Situation als Entwicklung, des Entstehens, des Veränderns und des Ausbaus dieses Konzeptes.

Konkret wurden erreicht:

- eine Identifikation der Bewohner mit dem Stadtteil Hackenberg
- Auflösung der Stigmatisierung (Gettoisierung) des Stadtteils
- die Herstellung einer eigenen Stadtteilöffentlichkeit
- Thematisierung von Alltagssituationen und defizitären Lebensbedingungen in Bewohnergruppen

Aus den oben genannten Ausführungen lässt sich ableiten, dass das verfolgte Konzept richtig ist. Für die zukünftige soziale Arbeit der Stadt Bergneustadt und der BGS Hackenberg heißt das Konzept daher:

**Stadtteilorientierte Gemeinwesenarbeit mit Schwerpunkt
der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**

Ausgangslage für die Notwendigkeit einer umfassenden konzeptionellen Neuausrichtung der Sozialarbeit der Stadt Bergneustadt und der BGS Hackenberg

Das Konzept für die BGS Hackenberg wurde jährlich überprüft, korrigiert und verändert, aber um den gesellschaftlichen, rechtlichen und pädagogischen Veränderungen Rechnung zu tragen ist es dringend an der Zeit in eine umfassende Konzeptarbeit einzusteigen und die Sozialarbeit der Stadt Bergneustadt für die nächsten Jahre neu aufzustellen und festzulegen.

In Kürze sollen die folgenden Themen einen Fokus auf die Veränderungen legen, der die offene Kinder- und Jugendarbeit unterliegen:

Armutsentwicklung – ALG 2

Ganztagserziehung, Bildungsdiskussion

Migration

Jugendarbeitslosigkeit – beruflicher Wandel

Globalisierung – Klimawandel – demographischer Wandel

Veränderung Jugendhilfegesetz, Jugendschutzgesetz, kommunale Leistungsfähigkeit, Staatsgewalt

Mobilität, Arbeitsteilung/-zeit und Mehrfachjobs

Begriffsklärung Gemeinwesenarbeit

Im Konzept 1995 haben wir festgelegt:

Gemeinwesenarbeit ist nicht nur eine Methode, sondern ein durchgängiges Arbeitsprinzip, das heißt, dass in der Praxis nicht mehr nur der Einzelfall Prinzip der sozialen Arbeit ist, sondern der Stadtteil.

Dieses Arbeitsprinzip bedient sich dabei der verschiedensten Methoden. Für die zukünftige pädagogische Praxis der städtischen Sozialarbeit sind relevant:

Einzelfallhilfe und Beratung, Gruppenarbeit, Stadtteilarbeit, Abenteuer- und Erlebnispädagogik, Erwachsenen- und Bildungsarbeit, Kulturarbeit, feministische Mädchenarbeit und antisexistische Jungenarbeit, Streetwork und Präventionsarbeit.

Als Prinzipien sind zu beachten und durchzuführen: Parteilichkeit, Bedürfnisorientiert, Multikulturell, Alltagsorientiert, Problemorientiert, Projektorientiert

Den Mitarbeiter/Innen muss künftig die Möglichkeit gegeben werden, mehr als nur auf Besuchergruppen zu reagieren, sondern die Zielgruppen der Arbeit mehr bestimmen zu können und insgesamt stärker präventiv zu agieren.

Es ist erforderlich, dass sich die Arbeit immer wieder erneuert, situativ reagieren kann und auch neue Ansätze integriert. Dazu ist es notwendig, mit Praktikanten zu arbeiten, bzw. das Team mit Berufsanfängern zu ergänzen (Berufspraktikanten im Anerkennungsjahr für Erzieher/Sozialarbeiter).

In der Literatur heißt es dazu:

Das Arbeitsprinzip, wie es grundlegend von Boulet, Krauss und Oelschlägel beschrieben wurde, meint eine Bezeichnung verschiedener Arbeitsformen. Diese Unterscheidungen sind als Dimensionen zu verstehen, die auf ein territoriales oder funktional abgegrenztes Gemeinwesen gerichtet sind und sich kategorial auf bestimmte Bevölkerungsteile beziehen. Diese drei Dimensionen existieren nicht unabhängig voneinander und sind interdependent (Boulet u.a., 1980, 298 ff.).

1. *Territoriale GWA* begreift das Gemeinwesen als einen politisch-ökologischen Raum, der von außen und von innen als eine relative Einheit gesehen wird, wie beispielsweise Milieu, Gemeinwesen, Stadtteil oder Nachbarschaften. Räumliche Bedingungen dienen dabei zur Beschreibung, wie „Neubauviertel“ oder „Industriegebiet“. GWA richtet ihr Augenmerk auf die Lebensbedingungen, Kommunikationsstrukturen und die Folgen von Entfremdung. Dabei geht es um eine direkte oder indirekte Bearbeitung der vorhandenen Probleme. Die zur Verfügung stehenden Arbeitsmittel sind Stadtteilzeitungen oder -feste. Des Weiteren ist der ständige Kontakt zu überörtlichen und örtlichen Gremien sowie Institutionen wichtig. Sozialplanung und die Koordination verschiedener Einrichtungen sind hier wesentliche Elemente.

2. *Funktionale GWA* legt den Schwerpunkt auf Bereiche wie Wohnen, Arbeiten, Bildung oder Erziehung/Sozialisation, in denen sich das gesellschaftliche System ausprägt. Diese Funktionen werden von Behörden oder Organisationen getragen. Diese bestimmen somit die Versorgungsstruktur wesentlich. Hier kommen auch die staatlichen systemstabilisierenden Bedürfnisse zum Tragen. Gemeinwesenarbeit hat die Aufgabe, ihr Augenmerk auf die unterschiedliche Betroffenheit zu legen und dabei die politischen sowie ökonomischen Bedingungen der Wohn- und Arbeitssituation mit den jeweilig greifenden gesetzlichen Bestimmungen zu berücksichtigen. Im Mittelpunkt dieses Ansatzes stehen die gemeinwesenspezifischen Lebensbedingungen, die für die » Reproduktion von Bedeutung sind. Faktoren also, die alle im Gemeinwesen Lebenden unterschiedlich betreffen, wie zum Beispiel die materiellen Möglichkeiten in Folge bestimmter Schichtenzugehörigkeit. Neben der Problembewältigung ist die Organisation der Betroffenen eine Zielsetzung. Sie sollen lernen, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen, um Einfluss auszuüben und mitzubestimmen. Arbeitsmittel sind die » Methoden der aktivierenden Befragung, Wohnerversammlungen, die Anregung von Bürgerinitiativen sowie das Erlernen von Kompetenzen im Umgang mit Behörden.

3. *Kategoriale GWA* ist primär personenkreisorientiert, da sie sich vorrangig auf die Bewohner mit beispielsweise gleichen geschlechts- oder altersspezifischen Merkmalen sowie Personen gleicher Herkunft oder Nationalität bezieht. Dieser Arbeitsform der GWA geht es demzufolge darum, eine Verbesserung der Situation von Frauen, Migranten, Kindern oder Jugendlichen zu erreichen. Verbunden mit den Merkmalen besagter Personenkreise treten häufig Probleme auf, wie beispielsweise ein Verlust der Ich-Stärke bei Jugendlichen. Dafür können die Wirkung von Werbung oder Massenmedien sowie der Kommerzialisierung des gesamten Lebensbereichs ausschlaggebende Gründe sein. Mögliche Folgen sind Ersatzhandlungen, mangelnde Solidarität oder psychische Probleme. Eine Zielstellung von GWA wäre hierbei, den Raum des Gemeinwesens als praktisches Lernfeld wieder zu erschließen, um kollektives Verhalten und Solidarität zu fördern. Mögliche Arbeitsmittel sind Freizeiträume, soziokulturelle Einrichtungen sowie Spielplätze.

Darstellung der drei Formen des Arbeitsprinzips GWA und ihre Interdependenz

Quelle: Boulet/Krauss/Oelschlägel, 1980, S. 301

An den Sozialarbeiter stellt das Arbeitsprinzip neue Anforderungen, die so zusammengefasst werden können: Es geht um „ein methodenintegratives, an der Lebenswelt der Betroffenen orientiertes Grundprinzip sozialer Arbeit schlechthin und basierend auf ihrer materialistischen Gesellschaftsanalyse und einem fortschrittlich-emanzipatorischen Verständnis von Sozialarbeit“ (Mohrlök u.a., 1993, S. 51).

Methodisch und strategisch fließen in immer mehr Feldern der Sozialarbeit GWA-Elemente ein und Dieter Oelschlägel betont, dass es sich um ein Prinzip handelt, nach dem man beispielsweise in der Drogen-, Alten- oder Jugendarbeit vorgehen kann. In zunehmendem Maße bleibt Gemeinwesenorientierung nicht nur auf den Bereich der Sozialpädagogik beschränkt, sondern kommt in Gemeinwesenschulen, der Gemeindepsychiatrie oder in gemeindenahen Volkshochschulen zum Tragen. Im Zuge der demografischen Veränderungen und sinkenden Finanzmittel in den Kommunen fanden sozialräumliche Strategien zunehmend mehr Beachtung. Ressortübergreifende Ansätze gewannen in den Verwaltungen an Bedeutung. Die Idee des Arbeitsprinzips fand ihre Weiterentwicklung im » Ansatz der Stadtteilbezogenen Arbeit, welcher maßgeblich durch Wolfgang Hinte geprägt ist.

„Gemeinwesenarbeit (GWA) ist eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner Bewohner, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie dann allerdings auch die Lebensverhältnisse seiner Bewohner/Innen.“

(Oelschlägel in Hinte u.a., 2001, S. 100)

Methodischer Ansatz der Zukunft!

Stadtteilbezogene Soziale Arbeit

Geschrieben von Britt Holubec

Ein Plädoyer für den Tanz mit wechselnden Partnern

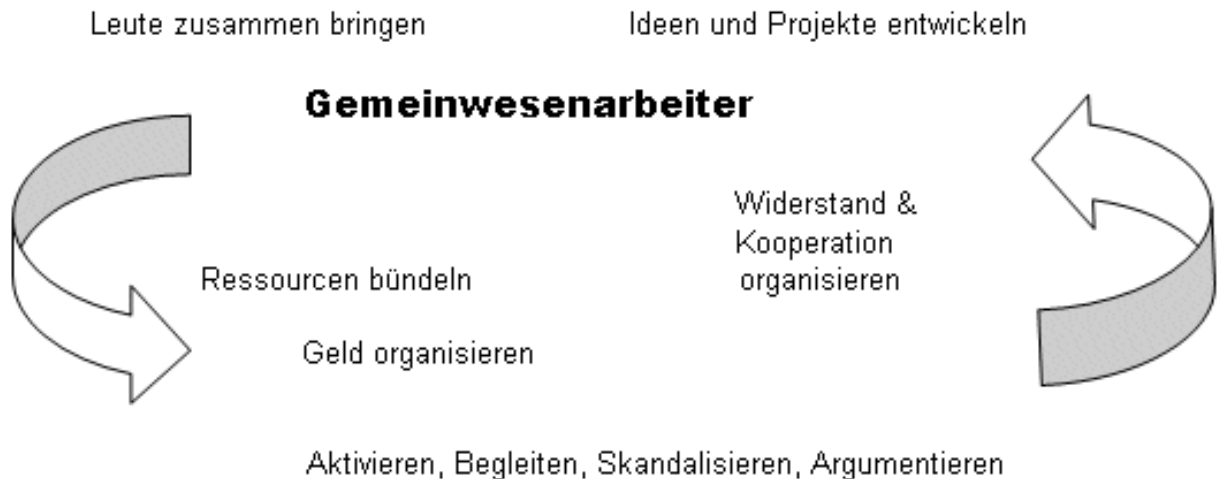
Unter Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit (SSA) ist professionelle soziale Arbeit zu verstehen, die im Stadtteil als primärem Lebensumfeld der Menschen ansetzt. Im Jahr 1982 wurde durch Hinte, Metzger-Pregizer und Springer SSA als eine Weiterentwicklung des Arbeitsprinzips vorgestellt. Die Autoren bezogen sich darin methodisch auf die Gemeinwesenarbeit (GWA) der letzten Jahre und dabei explizit auf das integrative Konzept. In einer kritischen Reflektion ersetzten sie den Begriff der GWA bewusst durch den der SSA. Diesen Schritt begründeten sie damit, dass:

- * GWA kein klar umrissener Begriff ist, der inflationär gebraucht wird,*
- * Gemeinwesenarbeit sich nicht als ein durchgängiges Prinzip habe durchsetzen können und nur vereinzelt praktiziert worden sei,*
- * der Begriff zu vorbelastet sei und ein Reizwort darstellt, was neue innovative Herangehensweisen erschwere, und*
- * es versäumt worden sei, sich auf gemeinsame konzeptionelle Grundlagen und eine einheitliche Definition zu einigen, weswegen die Diskussion in ideologischen sowie strategischen Diskussionen hängen geblieben sei (Mohrlök u.a., 1993, S. 55 f.).*

Dem Ansatz der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit, der bis heute maßgeblich durch den Essener » Professor Wolfgang Hinte geprägt wird, liegt eine » ganzheitlich-systemische Sicht zugrunde, in der der Stadtteil als eine Einheit gesehen wird. Die Probleme sollen präventiv erkannt, verhindert oder bearbeitet werden. Hierfür ist die Erweiterung des bereichsspezifischen Blickwinkels einer Abteilung, Dienststelle oder Institution beabsichtigt. SSA bemüht sich darum, alle im Stadtteil arbeitenden sozialen Einrichtungen auf den Stadtteil zu orientieren und dementsprechend umzustrukturieren. Es wird explizit propagiert, eine Kooperation und Organisation zwischen den verschiedenen Trägern und Institutionen zu fördern. Dieser pragmatische Umgang schafft immer wieder neue sowie interessante Konstellationen und verhindert eine Konstruktion von Feindbildern. Bei der Konfrontation der jeweiligen Funktionsträger, beispielsweise in verschiedenen Behörden, mit den verschiedenen Ideen und Vorschlägen, z.B. der Bewohner, tritt der Sozialarbeiter als vermittelnde Instanz auf. Im Gegensatz zu vorherigen Ansätzen wird hier die Rolle des Sozialarbeiters gestärkt, durch einen bewussten Machtverzicht eine Strategie des Einflusses zu wählen. » Wolfgang Hinte plädiert für einen „Tanz mit den Wölfen“, statt zwischen ihnen, wie dem Ansatz von Dieter Oelschlägel zugeschrieben werden kann (Hinte in Bitzan/Klöck, 1994, 77 ff.).

Eines der wichtigsten Prinzipien des Ansatzes der Stadtteilorientierten Sozialen Arbeit ist die Orientierung an den Interessen der im Stadtteil lebenden Bevölkerung. Deren Motivation, Engagement sowie Veränderungswillen ist ausschlaggebend und muss daher eruiert werden. Die Ressourcen des Stadtteils, Eigeninitiative und Selbsthilfepotentiale sollen optimal genutzt werden. Erst, wenn diese erschöpft sind, und die Bewohner an strukturelle Grenzen stoßen, wird politische Anwaltsarbeit geleistet oder werden Betreuungsangebote gemacht. Dem liegt ein Handlungskonzept für den konkreten Umgang mit der Bewohnerschaft zugrunde, in dem Ansätze aus der bisher entwickelten Theorie und Praxis der GWA ihre Anwendung finden. Bei der zielgruppenübergreifenden Arbeit geht es beispielsweise um die Organisation individueller und kollektiver Betroffenheit sowie um das Prinzip der Aktivierung statt Betreuung. SSA ergänzt und präzisiert diese Herangehensweise noch, indem sie ganz bewusst auf manipulative Vorgehensweisen verzichtet. In die Bewohner werden keine Bedürfnisse interpretiert, die sie nicht haben. Es geht nicht darum, was sie interessieren könnte, sondern das Augenmerk liegt auf ihren tatsächlichen Interessen. Diese Herangehensweise bezieht sich auf das Konzept der » Antipädagogik mit dem Ziel eines authentischen Kontaktes zu den Bewohnern, um diesen nicht mit vordefinierten Zielstellungen entgegen zu treten. Für die Entwicklung eines Stadtteils ist die Beteiligung der in ihm lebenden Bewohner wesentlich. Kontextuelles Lernen im natürlichen Alltagsumfeld erhält in diesem Zusammenhang eine immer größere Bedeutung. Beteiligte kennen das Problemumfeld am besten, daher sollen gemeinsame Ziele und mögliche Lösungen erarbeitet werden.

Ziele von Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit



Quelle: Hinte in Ries u.a., 1997, S. 283

Grafik: Holubec, 2003

Bei der Arbeit im Stadtteil müssen die Gemeinwesenarbeiter in dem jeweiligen Quartier bekannt sein und akzeptiert werden, um ihrer Moderierungs-, Aktivierungs- und Organisierungsfunktion gerecht zu werden. Andererseits ist es ihre Aufgabe, auf kommunaler Ebene für Projekte zu werben sowie Ressourcen und Mittel zu akquirieren. Um eine Verbesserung der Lebenssituation, in dem die Bewohner ihre Vorstellungen und Bedürfnisse umsetzen, zu erreichen, ist es notwendig, die verschiedenen Ideen und Möglichkeiten zu bündeln. Diese Ziele verlangen von Gemeinwesenarbeitern verschiedene Kompetenzen und Fähigkeiten. Insbesondere Kommunikationsfähigkeit stellt eine wesentliche Herausforderung dar. Durch ihre intermediäre Funktion müssen sie in der Lage sein, sich mit den verschiedensten Menschen auseinander zu setzen, in unterschiedliche Rollen zu schlüpfen und gegebenenfalls vermittelnd einzuwirken. Da sozialer Frieden als ein bedeutender Standortfaktor gesehen wird, dient diese Kommunikationsfähigkeit:

- * zum Renovieren von Nahtstellen, an denen die Gesellschaft auseinander zu brechen droht,
- * zur Vermittlung zwischen Bürgern und Verwaltung,
- * zur Vermittlung zwischen Bürgern und Politik,
- * zur Vermittlung zwischen Politik und Verwaltung,
- * zur Förderung friedlicher oder konflikthafter Dialoge (Hinte in Ries u.a., 1997, S. 284).

Diese verschiedenen Anforderungen fasst Wolfgang Hinte unter dem Begriff des „Dialogmanagements“ zusammen.

Hinte sieht in dem Konzept der SSA einen Handlungsansatz, mit dem es möglich ist, auf die facettenreichen und vielschichtigen Problemlagen zu reagieren. Die konkrete Lebenssituation im Sozialraum ist durch teilweise widersprüchliche Interessenlagen geprägt, die zu Konflikten und Emotionen führen können. Er plädiert dafür, nach klaren Perspektiven zu suchen, statt Visionen zu folgen, da konstruierte Bilder von der Wirklichkeit weg führen und somit auch Kraft für die Gestaltung der Realität nehmen. „Parteilichkeit, Solidarität, Polarisierung, Kommunitarismus, gewichtige Vokabeln von konzeptionellem Wert, vermitteln aber angesichts des oben beschriebenen Befundes kaum noch Handlungsimpulse für praktische Tätigkeit“ (Hinte in Wendt, 1996, S. 107).

Quartiersmanagement

Idee

QM zieht aus dem Wissen und den Erfahrungen mit den sogenannten Trabantenstädten in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts konzeptionelle Ideen. Da wurde die Erkenntnis gewonnen, dass es bei Verdichtung und einem hohen Anteil von Sozialwohnungen zu einer negativen sozialen Eigendynamik kommen kann. Hingegen gibt es auch viele Beispiele für eine gesunde Umwelt, trotz der Konzentration sogenannter sozial Schwacher. Quartiersmanagement fühlt sich des Weiteren dem Ansatz des » Kommunitarismus verpflichtet. Es wird davon ausgegangen, dass Institutionen wie bürgernahe Polizei, Kirchen oder Gemeindeschulen wesentliche Kristallisationspunkte für das Zusammenleben und Bausteine für die Rekonstruktion der » Gemeinschaft sind.

Bei Quartiersmanagement handelt es sich um Strategien, die von „Oben“ im Rahmen bestimmter Förderprogramme eingesetzt und durch konkrete Verankerung vor Ort umgesetzt werden sollen. Damit wird ein Ansatz verfolgt, der durch die quartiersbezogene Vorgehensweise die komplexen Prozesse und Aufgaben in den Mittelpunkt stellt. Von den betreuenden und interventionistischen Methoden der Sozialarbeit findet eine bewusste Abgrenzung statt, da leitende Handlungsprinzipien die Selbstorganisation und das Engagement der Bewohner und anderer Akteure sind. Das Quartier als Ort des Wohnens, der Existenzsicherung, des sozialen Austausches und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, wird als wesentliche Ressourcen für die Lebensbewältigung gesehen (Alisch in Klöck, 1998, S. 206). Dabei spielt die Förderung der Alltagskultur eine essentielle Rolle. Hier liegen einerseits Chancen für das Verwirklichen individueller Lebensentwürfe, aber andererseits reagieren Menschen auf empfundene Bedrohungen mit Rückzugstendenzen oder Verhaltensunsicherheiten. Dem wird die Idee entgegengebracht, durch eine Identifikation mit dem Quartier das Wohlbefinden zu verbessern. Ein Stadtteil sollte für die Bewohner eine überschaubare Umwelt bieten, die ihnen die Möglichkeit von Kontakt und Privatsphäre verschafft. Damit ist beispielsweise das Vorhandensein öffentlicher Plätze als Orte der Kommunikation gemeint. Gleichzeitig sollte auch die Chance für Intimleben gegeben sein. Die Vernetzung von Selbsthilfestrukturen ist dabei ein wichtiger Ansatzpunkt. Um auf Quartiersebene nachhaltige Entwicklungsprozesse anzuregen, ist eine Strategie oder Politik nötig, die verschiedene Aspekte und Themen aufgreift, bearbeitet und Handlungsstrategien entwickelt (z.B. » soziale Stadtentwicklung).

Gesellschaftliche Situation

Nach 16jähriger Amtszeit wurde 1998 die CDU-Regierung unter Helmut Kohl abgelöst und mit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat gewann die SPD die Bundestagswahl. Es kam jedoch nach dem Sieg von Rot-Grün nicht zu der Wende, welche in links-liberalen Kreisen erhofft wurde. In der Wirtschaft ist auch nach 1998 kein Aufschwung zu verspüren und durch fehlende staatliche Zuschüsse entstehen immer mehr finanzielle Engpässe, was durch Einsparungen im kommunalen Bereich spürbar wird. Trotz der Zunahme von Langzeitarbeitslosen fordert der Regierungssprecher Bodo Hombach einen Umbau des Sozialstaates, der nicht mehr als Netz verstanden werden kann, sondern als ein Trampolin in den Arbeitsmarkt. Die von Beck schon 1986 beschriebene moderne Risikogesellschaft kapitalistischer Prägung führt durch die verstärkte Flexibilisierung der Erwerbsarbeit immer mehr zu einer Individualisierung von Risiken und Lebenszusammenhängen (Beck, 1986). Dies wirkt sich auch auf die urbanen Strukturen aus, beispielsweise durch infrastrukturelle

Defizite. Diese neuen städtischen Konflikte können nicht auf schlechte Bausubstanz zurückgeführt werden, sondern sind Resultat eines sozioökonomischen und sozialräumlichen Strukturwandels. In bestimmten Quartieren wirken nachteilige Effekte, was die dort lebenden Menschen in ihren Entfaltungs- und Handlungsmöglichkeiten einschränkt. So kommt es zu einem verstärkten Wegzug der Menschen, die dafür die materiellen Ressourcen haben. In Folge der sinkenden Attraktivität des Stadtteils und damit verbundener fallender Mietpreise kann es gleichzeitig durch Zuzug zu einer Konzentration von sozial ausgegrenzten Personen kommen, was dann gemeinhin auch als „sozialer Brennpunkt“ beschrieben wird. Einstmals „gemischte Quartiere“ lösen sich auf, da es zu einer Sortierung der Wohnbevölkerung nach Einkommen und damit verbundener Ressourcen kommt. In Großstädten, insbesondere in Westdeutschland, kommt es auch zur Herausbildung von Migrant-Communities, da sie sich in Folge von Ausgrenzung Rückzugsmöglichkeiten suchen. In diesem Zusammenhang wird auch von einer „Gettoisierung“ gesprochen.

QM geht davon aus, dass sich die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu wenig an den Quartieren orientiert. Die Komplexität von Armut und deren gesellschaftliche Ursachen werden ignoriert. Quartiersmanagement versucht die Wirkung und das Ausmaß auf städtischer Ebene zu beeinflussen (Wirtschafts-, Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Stadterneuerungspolitik). Bei dem Ansatz soll gezieltes Handeln verstärkt in „vergessenen“ oder „vernachlässigten“ Quartieren erfolgen. Es geht darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Prozesse und Projekte zu fördern, anzustiften und zu organisieren. Dabei ist das Wohnquartier die Ebene des Handels und nicht die einzelne Person oder ein bestimmtes Klientel.

Es zeichnet sich immer mehr die Tendenz ab, auf Engagement und » Empowerment zu bauen. Mit der Forderung nach verstärkter Bürgerbeteiligung wurde im Rahmen der » Agenda 21 an die Kommunen und Gemeinden appelliert, „einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern anzustoßen, und gemeinsam geeignete Strategien für eine zukunftsbeständige Entwicklung zu entwerfen. Die leitende Idee dahinter: Nachhaltige Entwicklung muss dort stattfinden, wo Menschen leben, einkaufen, wo Arbeitsplätze geschaffen, Schulen errichtet und Baugebiete geplant werden; in den Städten und Gemeinden also“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2002, S. 24). Schon im Jahr 1994 wurde das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Inzwischen wird mit etwa 2000 Initiativen im Rahmen der Agenda 21 versucht, dem nachzukommen.

Ziele

Quartiersmanagement hat die Schaffung nachhaltiger sozialer, wirtschaftlicher, städtebaulicher und ökologischer Strukturen im Stadtteil zum Ziel. Da der Stadtteil als eine Einheit begriffen wird, geht es vornehmlich auch um das Erschließen neuer Tätigkeitsfelder. Integrierende Handlungskonzepte verfolgen die Vernetzung verschiedener Bereiche. Auf der Quartiersebene soll einerseits Schule und Freizeit miteinander verkoppelt werden, aber andererseits auch relevante Akteure aus den Bereichen Städtebau-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Für eine anhaltende und effektive Entwicklung sind für den quartiersbezogenen Ansatz drei Gebiete entscheidend, aus denen sich die konkreten Ziele ergeben: die Bereiche Arbeit und Wohnen, das Entwickeln neuer und tragfähiger Kooperationsformen und die Aktivierung und Beteiligung der Bewohner (Alisch in Klöck, 1998, S. 208). Die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil stellt für das Wohlbefinden eine wichtige Komponente dar. Um die soziale Integration zu verbessern, wird eine kulturelle Vielfalt angestrebt, wobei der Aufbau von Selbstorganisationsstrukturen und verschiedener sozialer Einrichtungen im Mittelpunkt steht.

Für die Wirksamkeit von QM ist es wesentlich, Bewohner und Gewerbetreibende zur Beteiligung und Mitwirkung zu aktivieren. Die Motivation für Engagement kann nicht von „oben“ kommen, sondern erwächst aus konkreter Betroffenheit. An diese Themen anknüpfend, werden lokale Potentiale genutzt und vorhandene Ressourcen gebündelt. Durch eine Stärkung der Wirtschaft ist eine Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen beabsichtigt. Hierbei soll durch kleinräumige Orientierung die lokale Ökonomie gestärkt werden und der zunehmenden Trennung von Arbeiten und Wohnen entgegengesteuert werden. Vermehrt sollen auch neue Stadtteile mit den Betroffenen geplant werden, um deren Bedürfnissen gerecht zu werden. In den Handlungsprinzipien der Gemeinwesenarbeit und deren Entwicklung hat sich in den 1990er Jahren durchgesetzt, dass Sozialarbeiter/Sozialpädagogen nicht anwaltlich tätig werden. Es wäre daher konsequent, nicht einzugreifen, bevor eine Initiative der Betroffenen entsteht. Die Erfahrungen mit den sogenannten „Trabantenstädten“ haben jedoch gezeigt, dass es wichtig ist, vorher in den Aufbau eines sozialen Gemeinwesens zu investieren. Daher wird der Schwerpunkt wieder vermehrt auf eine frühzeitige Beteiligung der Bewohner gelegt.

Leitbilder

Die wesentlichen Handlungsprinzipien lassen sich mit Begriffen wie Quartiersbezug, Prozesshaftigkeit und Bewohnerorientierung beschreiben. Der Quartiersmanager übernimmt moderierende Aufgaben und ist als intermediäre Instanz eingesetzt, da er den Ausgleich verschiedener Interessen betont. Beim QM geht es darum, Laien als Praxis-Experten ernst zu nehmen. Da sich die Probleme an sogenannten „sozialen Brennpunkten“ nicht nach wissenschaftlichen Disziplinen sortieren lassen, werden verstärkt Bewohner in den Prozess der Problemlösung mit einbezogen. Diese können die Lebenssituation vor Ort am besten einschätzen. Somit übernehmen die gelernten Experten vorwiegend Ratgeberfunktionen. Des Weiteren haben Professionelle die Aufgabe, im Quartier zu koordinieren und zu aktivieren. Da eine effektvolle Stadtentwicklung nur unter Beteiligung verschiedener Fachressorts funktioniert, sind Vernetzungsbestrebungen wesentlich für eine erfolgreiche Umsetzung. M. Alisch formulierte die Konsequenz mit der Aufforderung nach „Kooperation statt Fachegoismus“ (Alisch in Klöck, 1998, S. 213). Quartiersmanagement nimmt den Stadtteil als ein ökologisches System im Gesamtkontext wahr. Dabei finden die Vorgänge in ihrem Wirkungszusammenhang Berücksichtigung, was mehrere Interventionsansätze ermöglicht. Bei der Behauptung beispielsweise, es handle sich um einen dreckigen Stadtteil, in dem man nicht leben möchte, finden die verschiedenen Einflüsse Beachtung. Dabei sind neben unzureichender Müllentsorgung und den damit verbundenen mangelnden Ablademöglichkeiten auch subjektive Faktoren in den systemischen Blick einzubeziehen.

Umsetzung

In den Leitlinien des Programms „Soziale Stadt“ ist das Einrichten eines Quartiersmanagements vorgesehen. Es ist für die Dauer des Programms „Soziale Stadt“ konzipiert, also in der Regel für 3 Jahre. Das Stadtteilmanagement, was häufig synonym für QM verwendet wird, sollte mit mindestens zwei Personen besetzt sein, die für Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit gleichberechtigt nebeneinander stehen. Dies wird als eine sogenannte „Tandem-Lösung“ bezeichnet. Aufgabe des „Tandems“ ist es, alle Potentiale in den Prozess durch eine intermediäre Arbeitsweise zu integrieren. Die Quartiersarbeiter, die im Team arbeiten, müssen vor Ort tätig sein, um die Entwicklungen im Quartier wahrzunehmen. Dabei sind sie nicht die Instanz, die von außen „Vorschläge für Projekte entwickelt, sondern die Vorschläge aus dem Gebiet sammelt, zusammenführt und

umsetzungsreif macht“ (Alisch in Klöck, 1998, S. 211). Dies geschieht jedoch im Rahmen der staatlich eingesetzten programmatischen Unterstützung. Ziel der Arbeit ist das Finden quartiersübergreifender Lösungen, Freiräume für Bewohner zu entdecken, die Gründung von Vereinen anzuregen sowie die Vernetzung sozialer und kultureller Initiativen. Spezifisch für diesen Ansatz ist, dass der Blick weg vom Sozialen geht. Im Mittelpunkt steht eine Aufwertung des Stadtteils und es wird versucht, alle Bewohner des Stadtteils zu integrieren. So geht es beispielsweise um die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden oder Unternehmer und die Frage, wie in diesem Zusammenhang den Vorstellungen der Jugendlichen nachgekommen werden kann. Damit ist das „Initiieren und die Organisation neuer produktiver Formen der Zusammenarbeit...in den Quartieren...zwischen den Fachressorts...zwischen den unterschiedlichen Verwaltungsebenen...zwischen der Verwaltung und dem privaten Sektor“ verbunden (Alisch in Klöck, 1998, S. 210). Um Quartiersmanagement stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und somit die Wirksamkeit zu erhöhen, arbeitete K. Staroste folgende Bedingungen heraus:

- * Wohnungseigentümer und Gewerbetreibende sollen durch praktische Erlebnisse von QM die Chancen und Möglichkeiten einer integrierten Stadtentwicklung erleben.
- * Politische Entscheidungsträger müssen QM verstärkt als ein mögliches Lernfeld für Bewohnerpartizipation und als langfristigen Prozess verstehen.
- * Quartiersmanager können nicht mit bürokratischen Aufgaben überfrachtet werden, da die moderierenden sowie koordinierenden Tätigkeiten im Mittelpunkt stehen sollten.
- * Arbeitsergebnisse sind stetig transparent zu machen und in der Öffentlichkeit zu kommunizieren.
- * Der hohe Arbeitsaufwand für die Quartiersmanager ist angemessen zu entlohnen. Ihnen sollte eine zumindest mittelfristige Perspektive geboten werden.
- * Es bedarf einer möglichst unkomplizierten Vernetzung finanzieller Mittel seitens der EU, des Bundes, der Länder und Kommunen für Projekte der integrierten Stadtentwicklung (» Staroste).

Für die Aufgaben der Stadtteilmoderation besitzen Sozialarbeiter durch ihre Ausbildung Schlüsselqualifikationen. Bei Stadtteilarbeit finden unterschiedliche » professionelle Methoden ihre Anwendung. Die Menschen sollen unterstützt werden, ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Dabei werden Methoden der Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit verwendet. Die systemische Wahrnehmung von sozialen Konstellationen stellt außerdem eine hohe Anforderung an die Quartiersarbeiter. Eine zentrale Aufgabe des Koordinators ist, die Beteiligung der Bewohner zu erreichen. Es geht darum, die Interessen dieser zu erfassen und an zuständige Stellen weiterzuleiten, um eventuelle Fehlplanungen zu vermeiden. Die Aktivierung der nicht organisierten Bewohner hat zum Ziel, die Selbstorganisationsstrukturen aufzubauen und Empowerment zu fördern. Dabei sollen sie ermächtigt werden, ihre Belange selbst zu regeln. Dieser theoretisch formulierte Anspruch findet sich nicht immer adäquat in der Praxis wieder. W. Hinte stellt einen inflationären Gebrauch des wehrlosen Begriffs der Bürgerbeteiligung fest, die sich nicht unbedingt in der Praxis aller Kommunen wieder findet, obwohl diese den Anspruch formulieren. Es erweist sich seines Erachtens als problematisch, dass die klassischen Formen von Beteiligungspraxis genau jene Bevölkerungsgruppen bevorzugt, die der klassischen bürgerlichen Mittelschicht zugeordnet werden können (Hinte in Alisch, 2001, S. 153 ff.). S. Stövesand stellt fest, dass die verbreiteten Beteiligungsmodelle, wie Bürgerversammlungen, Runde Tische und Stadtteilkonferenzen, hauptsächlich eine » „Bühne des weißen Mannes“ sind, der über ein gewisses Maß an Selbstvertrauen und verbale Ausdrucksfähigkeit verfügt. Dem Ansatz des QM ist es wichtig, nicht Betroffenen-Beteiligung zu forcieren, sondern

deutlich machen, dass es tatsächlich um Bewohneraktivierung geht. Die Aktivierung der Menschen, sich an Entwicklungsprozess zu beteiligen, wird derzeit als die schwierigste Aufgabe eingeschätzt.

Quartiersmanagement Kleinzschocher (Leipzig)

Zur Bewältigung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Probleme fördert die Europäische Gemeinschaft seit 1994 URBAN Programme für benachteiligte städtische Ballungsgebiete. In diesem Rahmen kommt es zu URBAN II, welches von 2001 bis 2006 finanzielle Mittel für den Stadtteil Kleinzschocher zur Verfügung stellt. Für die Umsetzung wurde von der Stadt Leipzig, vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung die Gesellschaft für Unternehmens-Beratung und betrieblich angewandte Mathematik mbH beauftragt (» <http://www.gbm-beratung.de/aktuell/frameset.html?quartier.html>). Dabei wird das Ziel verfolgt, durch verschiedene Kooperationen für die Schwerpunkte Wirtschaft und Beschäftigung sowie stadträumliche und soziale Qualitäten Netzwerke ins Leben zu rufen. Die Ideen und Initiativen sollen von den einzelnen Bürgern kommen, um dann die Themen in Vereinen oder Bürgerinitiativen aufzunehmen. Sonst übliche bürokratische Vorgehensweisen gilt es zu umgehen. Es sollen mehr Entscheidungen auf unterer Ebene gefällt werden. Diese drei Themenbereiche, Wirtschaft/Beschäftigung, soziale und städteräumliche Fragen, werden auf verschiedene Mitarbeiter verteilt, die in den jeweiligen Bereichen Ressourcen erschließen. Mit den Aufgaben der Stadtteilmoderation ist eine Sozialpädagogin beauftragt, die für alle Interessensgruppen, wie beispielsweise die Bewohner, Gewerbetreibenden oder Institutionen, ansprechbar ist. Quartiersmanagement will die Bürger aktivieren, um sie bei Beendigung des Projekts der Eigeninitiative überlassen zu können.

Historische Bedeutung

Der Staat entzieht sich immer mehr seiner Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze und jeder Einzelne hat verstärkt für sich selbst zu sorgen. Das Konzept der Bürgergesellschaft erfährt im politischen Diskurs einen zunehmend inflationären Gebrauch. Bürgerschaftliches Engagement ist schon seit Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts in die Auseinandersetzungen um die „Krise des Sozialstaats“ eingebunden. „Der Bürger wird nicht nur als Klient und Konsument, sondern mit seinem alltäglichen Engagement als wichtige Säule im gesellschaftlichen Bedarfsausgleich betrachtet“ (Braun in Bundeszentrale für politische Bildung, 2001, S. 3). Die Politik benötigt zunehmend den aktiven Bürger, der sein Leben mehr in Eigenregie regelt. » Bürgerschaftliches Engagement kann nicht als Lösung der Krise des Sozialstaates begriffen werden und sollte nicht zur Entlastung des Staatshaushaltes funktionalisiert werden. „Ein neues soziales Kapital keimt in Deutschland – eine Alternative zum bankrotten Sozialismus und neoliberalen Kapitalismus, der Sozialschwache ihrem Elend überlässt. Ein dritter Weg jenseits der Parteien und ideologischen Erstarrungen von Rechts und von Links nimmt Konturen an“ (Goede, » <http://www.buergergesellschaft.de/>). Selbstorganisierte Gemeinschaften und ehrenamtliche Tätigkeiten haben Hochkonjunktur und der soziale Zusammenhalt soll hauptsächlich zur Stabilisierung von Markt und Staat dienen. Zeitweise schwingen auch Hoffnungen mit, dass dadurch der bisherige Wohlfahrtsstaat ersetzt werden kann. Die Kommunen entdecken die Möglichkeiten des aktivierenden Staates immer mehr für sich. Die vielen staatlichen Programme, auch das Quartiersmanagement, werden als Zeichen für eine positive Umsetzung gewertet.

Innerhalb der Sozialarbeit, die in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung hat, wird dies unterschiedlich diskutiert. Dem Quartiersmanagement kommt die Rolle zu, die wachsende Steuerungsunfähigkeit des Staates mit Managementstrategien zu kompensieren.

Durch den intermediären Ansatz hat QM verstärkt die Aufgabe, die Aushandlungsprozesse zu moderieren und damit zu integrieren. Der zunehmend positive staatliche Bezug auf Beteiligungsverfahren kann als » „ein Indiz für eine besonders perfide staatliche Strategie zur Vereinnahmung dysfunktionaler Bestrebungen und zur Befriedung aufrührerischer Elemente“ gesehen werden (Hinte/Grimm, 2003). Sozialarbeit vergibt sich bei dem Ansatz des QM immer mehr ihren einstmaligen offensiven Charakter und verschenkt damit auch die Chance, sich konfliktorientiert in die Sozialpolitik einzumischen. S. Stövesand zweifelt daran, dass Gemeinwesenarbeit die Rolle einer intermediären Instanz übernehmen sollte. Da die finanziellen Mittel für soziale Stadtentwicklung den Rückzug des Staates an anderer Stelle decken, kann dies ihrer Meinung nach auch so verstanden werden, dass die Menschen in den benachteiligten Gebieten ihre Armut selbst verwalten sollen (» Stövesand). Sozialarbeit wird insbesondere durch den integrierenden Charakter zum staatlichen Erfüllungsgehilfen. Hingegen weist M. Alisch den Vorwurf zurück, dass der Staat sich aus seiner Verantwortung der Problembewältigung schleicht und die benachteiligten Menschen sich selbst überlässt (Alisch in Klöck S. 212). Nerlich und Kirschberg sehen ein Ziel darin, auf die derzeitige Krise nicht mit passivem Lamentieren zu reagieren, sondern es als Chance zu begreifen, die Abhängigkeit vom Staat zu verringern. „Dies ist insbesondere in einem Feld möglich, in dem man unbestritten Experte ist: Als Bewohner und kontinuierlicher Nutzer eines Quartiers. Diese konkrete Erfahrung der eigenen Wohn-, Arbeits- und Lebensgestaltung kann verhindern, dass hier der Staat aufgrund abstrakter Zuständigkeiten unkritisierte Weisungsgewalt ausübt“ (Nerlich/ Kirchberg in Alisch, 2001, S. 251).

Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass soziale Sicherheit und materielle Ressourcen eine entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement sind. Aktivierungs- und Beteiligungsstrukturen müssen dauerhaft installiert sein, um den Bewohnern kontinuierlich die Möglichkeit zu geben, sich zu engagieren. Außerdem sollten » gängige Aktivierungsverfahren auf ihre Erfolge hin überprüft und kritisch reflektiert werden. Nur so kann die Wirksamkeit sinnvoll evaluiert werden. Da attraktive Standorte hauptsächlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu solchen werden, legt der Ansatz des QM häufig seinen Schwerpunkt auf die Vermittlung staatlicher und wirtschaftlicher Interessen. Dadurch geraten benachteiligte Menschen öfter aus dem Blickfeld. Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sollten sich verstärkt an der Planung neuer Stadtteile beteiligen und es auch als ein Arbeitsfeld der Sozialarbeit begreifen. Jedoch wird Einmischung und Konfliktorientierung im Rahmen staatlich initiiert Programme nicht zu den leitenden Prinzipien gehören, was das Stellen konkreter Forderungen fast unmöglich macht. Da die staatlichen Finanzmittel im Rahmen des QM projektgebunden sind, sollen diese schnelle Wirksamkeit zeigen. Es scheint daher sinnvoll, um den Freiraum des Handelns zu erhöhen, neue Finanzierungskonzepte zu suchen.

Was ist Gemeinwesenökonomie?

Die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts waren geprägt vom Prozess der » Globalisierung. Als eine der Folgen wird die Ausbreitung von Armut und Arbeitslosigkeit als Massenphänomen gesehen und für immer mehr Personen stellt sich die Frage, wie sie ihre Existenz sichern können. Die Menschen werden nicht mehr in ausreichendem Maß gesellschaftlich integriert und ziehen sich immer häufiger in ihr unmittelbares Lebensumfeld zurück. So entwickeln sich allorts Krisenregionen und benachteiligte Gebiete. Die lokalen Gemeinwesen erhalten so eine neue Aufgabe, sie sollten wieder zu einem Ort für die tägliche Lebensbewältigung der Menschen werden. Da die Chance auf eine marktvermittelte existenzsichernde Lohnarbeit sinkt, müssen sich eigenständige Ökonomien entwickeln und aktive » zivilgesellschaftliche Gemeinwesen gefördert werden. Durch die vermehrte soziale Ausgrenzung sowie die Zunahme von individuellen Notsituationen sind für die Wiedergewinnung gesellschaftlicher

Handlungsfähigkeit Gegenmodelle notwendig, die helfen, den regionalen Strukturwandel existenzsichernd zu überleben.

» *Gemeinwesenökonomie* ist eine „menschenorientierte Wirtschaftskultur“, die sich als *Gegenökonomie* und nicht als revolutionäre Bewegung versteht. Sie setzt dort an, „wo öffentliche Sozialpolitik nicht mehr greift, da es zu einer Ausgrenzung und Abkopplung vom » ersten Sektor gekommen ist“ (Elsen, 1998, S. 78). Es geht also um die konkrete Gestaltung des wirtschaftlichen Handelns sowie des sozialen Zusammenlebens. Dabei wird sich verstärkt auf die Bedürfnisse des Menschen bezogen. Die Nachbarschafts- und Selbsthilfestrukturen sollen gestärkt werden. Brigitte Voß hat eine generelle Grundstruktur für die Entwicklung von *Gemeinwesenökonomie* herausgearbeitet, unabhängig von länderspezifischen Unterschieden.

Sie beschreibt die fünf Schritte wie folgt:

* „ausgehend von privaten Initiativen der Hilfe zur Selbsthilfe (z. B. in den Settlements und Nachbarschaftsheimen)

* formiert sich eine eigenständige *Gemeinwesen-Selbsthilfe-Bewegung* (z.B. in den *voluntary organizations* und *community associations*),

* die sich zunehmend politisch engagiert (z.B. in *community organizing*),

* mit steigender öffentlicher Anerkennung in verschiedene Arbeitsbereiche ausdifferenziert (z.B. *community development* und *community planning*)

* und schließlich selbst ökonomisch aktiv wird (z.B. in *community development corporations*, *community businesses* und *social enterprises*)“ (Voß in *Widersprüche*, 1997, S. 102).

Gemeinwesenökonomie grenzt sich insbesondere durch den Bezug und die Konzentration auf das *Gemeinwesen* oder eine bestimmte soziale Gemeinschaft von den anderen Formen der *Ökonomie* ab und entsteht genau dort, „wo Elemente Lokaler *Ökonomie* und Sozialer *Ökonomie* zusammenkommen“ (Voß in *Widersprüche*, 1997, S. 101). In der Literatur differieren die Darstellungen der Begrifflichkeiten, was auf eine unterschiedliche Denktradition der Verfasser hinweist. Begriffe wie „solidarische *Ökonomie*“, „Dritter Sektor“ oder „Lokale *Ökonomie*“ werden oft nicht genau voneinander abgegrenzt, da es viele konzeptionelle Gemeinsamkeiten gibt. Die Verwendung jeweiliger Termini weist unter anderem auf den unterschiedlichen Adressatenbezug hin und kennzeichnet die verschiedenen Rahmenbedingungen. Um einen kurzen Überblick zu geben, soll im Folgenden die begriffliche Unterscheidung von Klöck (1998) dargestellt werden, der durch die Begriffsvielfalt auf voneinander isolierte Diskurse schließt.

1. *Lokale Ökonomie* begreift den Ort als Wirtschaftseinheit und als Raum der Existenzsicherung; dabei sind alle Formen der Produktion und » Reproduktion mit einbezogen. *Ökonomie* bezieht sich hier, in ihrer ursprünglichen Übersetzung von „oikos“, auf das „Ganze Haus“. Es geht folglich um eine Gesamtperspektive, wobei es möglich ist, verschiedene Wirtschaftsweisen zu betrachten, von der Hauswirtschaft bis zur Marktökonomie. Den Bezugsrahmen bildet ein bestimmtes Territorium, wobei die eigene Entwicklungsdynamik der jeweiligen Orte Beachtung findet, die durch Fördermittel oder Kürzungen von außen beeinflusst wird. Dabei ist entscheidend, dass ein *Gemeinwesen* nicht als ein beliebiger Standort gesehen wird, sondern die historisch gewachsenen Strukturen und die kulturelle Identität werden hervorgehoben.

2. *Soziale Ökonomie* wird in Deutschland häufig als Synonym für den » Dritten Sektor gebraucht und es geht dabei primär um nicht-profitorientierte und nicht-staatliche Aktivitäten.

Soziale und Lokale Ökonomie legen den Fokus auf die analytische Betrachtung der Marktkonstellationen und Rahmenbedingungen innerhalb eines Raumes mit den jeweiligen Ressourcen und Defiziten.

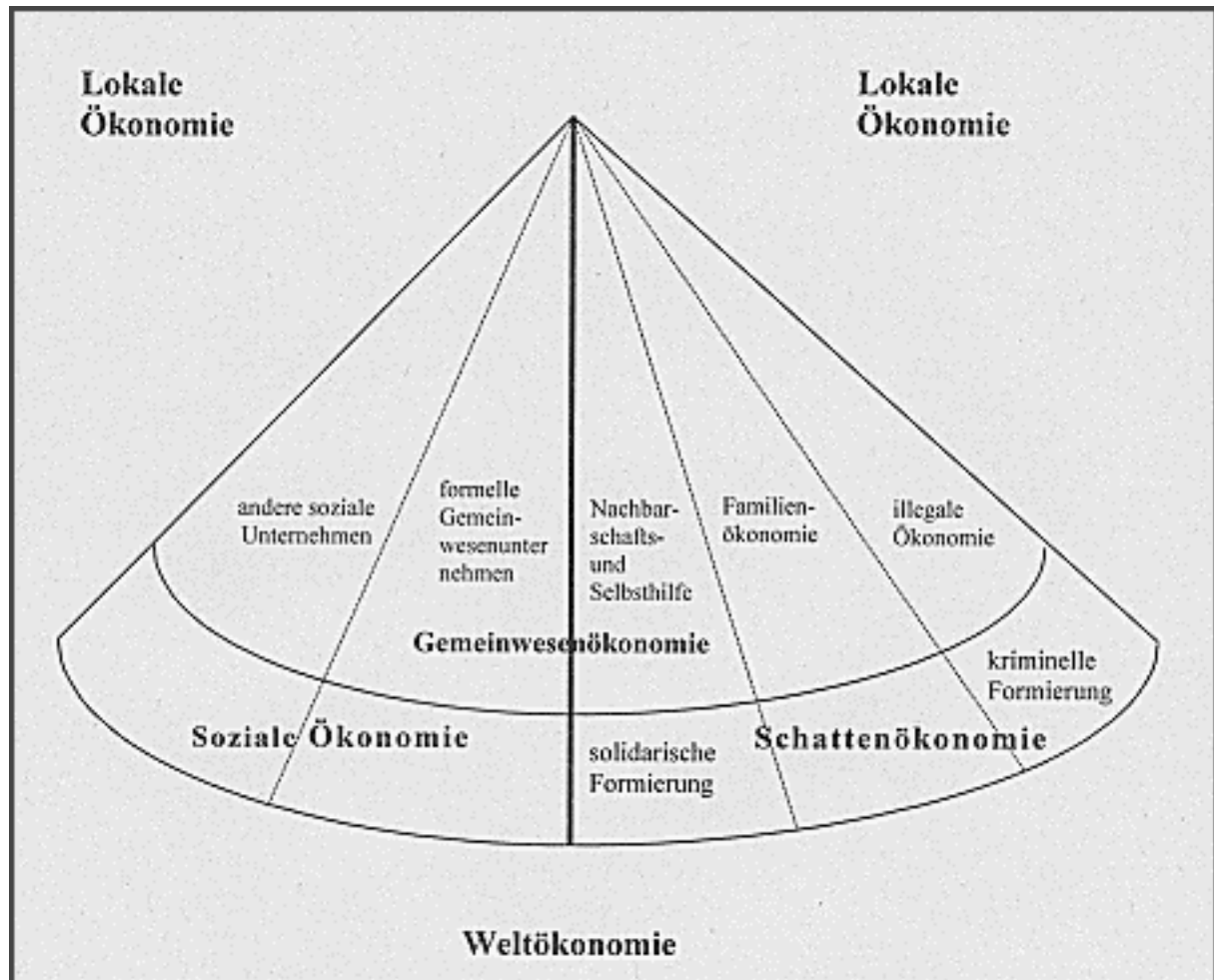
3. Gemeinwesenökonomie legt den Fokus auf benachteiligte Sozialräume. Hier sollen Partizipationsansprüche und Forderungen einer „Sozialplanung von unten“ formuliert werden. Dabei fungiert die Gemeinwesenökonomie als intermediäre Instanz und ist ein „normatives und handlungsorientiertes Programm“. Sie soll vor allem dort entstehen, „wo soziale Gruppen oder ganze Stadtteile oder Bezirke immer mehr von den ökonomischen Entwicklungen des ersten Sektors der Privatwirtschaft abgekoppelt und ausgegrenzt werden und öffentliche Sozialpolitik nicht mehr wirkt“ (Klöck, 1998, S. 15).

4. Solidarische Ökonomie hat ihre Tradition in der Genossenschaftsbewegung sowie in der alternativen Ökonomie und birgt einen Doppelcharakter in sich: einerseits ist sie an die herrschende Wirtschaftsstruktur gebunden, weist jedoch andererseits darüber hinaus. In der solidarischen Ökonomie spielen die sozialen Bewegungen mit den jeweiligen Akteuren und dem dazu gehörigen Milieu eine tragende Rolle.

Solidarität ist in der Gemeinwesenökonomie und in der solidarischen Ökonomie handlungsleitendes Prinzip.

Die „Interdisziplinäre Forschungsgruppe Lokale Ökonomie“ der Technischen Universität Berlin (2000) hat ein Modell entwickelt, welches die Abgrenzung der "Lokalen Ökonomie", der "Sozialen Ökonomie", der "Gemeinwesenökonomie" sowie der "Solidarischen Ökonomie" verdeutlicht.

Der Versuch einer Unterscheidung



Quelle: » www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/knabe/lokale_oekonomie.htm
Idee

Die Wurzeln der Gemeinwesenökonomie können in der » Settlementbewegung und in der Genossenschaftsbewegung gefunden werden. In Chicago wurde mit dem » Hull House vor mehr als einhundert Jahren eine modellhafte Gemeinwesenarbeit entwickelt. Die damaligen Bemühungen von Jane Adams wurden von Elsen (1998) rezipiert, welche eine „Vielzahl von sozialpolitischer, soziokultureller, wissenschaftlicher und ökologischer Aktivitäten, die von diesem Settlement als Kristallisationspunkt in einem problembelasteten Stadtteil“ ausgingen, herausgearbeitet hat (Elsen, 1998, S. 233). Im Kontext sozialer Bewegungen sind ebenso Ursprünge für das Selbstverständnis von Gemeinwesenökonomie zu finden, wie auch die Weiterentwicklung von Gemeinwesenarbeit mit ihren integrierten Elementen, auf diese Wurzeln hinweist. Kooperation statt Konkurrenz und bestmögliches Miteinander statt Gegeneinander sind dabei leitende Prinzipien. „Gemeinwesenökonomie folgt einem menschenzentrierten Entwicklungsmodell, welches sich an den Bedürfnissen und Kapazitäten der Menschen orientiert“ (Elsen, 1998, S. 75). Es geht um einen ganzheitlichen Ansatz und um eine Ökonomie, die sich für den Erhalt der Lebenszusammenhänge in den Gemeinwesen einsetzt.

Gemeinwesenökonomie kann in einer Zeit der Globalisierung als Mittel zur Existenzsicherung verstanden werden. Es soll eine Form der Selbsthilfe zur Beschaffung von Kapital und Arbeit

auf regionaler Ebene und das Erlangen von Selbstständigkeit erreicht werden. Für die soziale Ökonomie ist es grundlegend, dass diese nach zivilgesellschaftlichen und demokratischen Formen organisiert wird. Das Gemeinwesen soll so zum Kristallisationspunkt von Lebenszusammenhängen werden. Die allseits vorhandenen Individualisierungstendenzen sind für das Schaffen neuer Handlungsformen zu nutzen. Elsen streicht heraus, dass es primär nicht um wirtschaftlich attraktive Standorte geht, sondern vielmehr um zukunftsfähige Lebensorte. Bei dem Programm der Gemeinwesenökonomie geht es um ein Gegenmodell von unten, welches einen solidaritätsstiftenden Kontext erfordert. Es wird eine Ökonomie angestrebt, die in den soziokulturellen Rahmen eingebettet ist und ein bedarfsorientiertes Wirtschaften umsetzt. Dies trägt die Hoffnung in sich, auf eine Zukunft der Zivilgesellschaft hinzuführen.

Gesellschaftliche Situation

„Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch was er hat, genommen werden. Und den unnützen Knecht werft in die Finsternis hinaus“ (Matthäus 25, S. 29 ff.).

Im Jahr 2003 geht nicht die Arbeit aus, sondern die Arbeitsplätze. Da es sich hierbei um eine strukturelle Folge der Marktwirtschaft handelt, ist nicht von einer vorübergehenden Massenarbeitslosigkeit auszugehen. In Folge der Ausweitung der Krise des Kapitalismus steigen stattdessen die Arbeitslosenzahlen stetig und die Angst vor einer erneuten Rezession reißt nicht ab. Die kapitalistische Marktwirtschaft wirkt mit ihrer Totalität bis in die Tiefenstrukturen der Gesellschaft und jedes Einzelnen. Kapitalismus produziert Ungleichheit und erzeugt eine Kultur des Egoismus sowie der Verantwortungslosigkeit zugunsten individuellen Erfolges. Auch die Bundesregierung forciert im Rahmen der geplanten Reformen (Agenda 2010) einen sozialen und ideologischen Umbau der Gesellschaft, den Bundeskanzler Schröder damit begründet, dass Sozialabbau notwendig sei, um Deutschland auf einem „guten Weg“ zu halten. Die sozialen Sicherungssysteme sollen so neu justiert werden, dass die Sozialstaatlichkeit insgesamt erhalten bleiben kann.

Wie das Zitat aus der Bibel zeigt, wurden schon im Neuen Testament die Grundzüge einer reformierten Sozialpolitik dargelegt. Bundeskanzler Schröder sagt, „wer zumutbare Kriterien ablehnt – wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern – , der wird mit Sanktionen rechnen müssen“ (Schröder zitiert in Frank, 2003, S. 30 f.). Der Druck auf die Arbeitnehmer erhöht sich zusehends. Flexibilität, Mobilität sowie Gesundheit gehören zu den dominierenden Schlagworten. Die Wirkung dieser steigenden Anforderungen beschreibt Elsen (1998) als psychiatrisierend und dequalifizierend, was sich auch durch eine zunehmende Entsolidarisierung auf die Gesellschaft auswirkt.

Die gegenwärtige Zeit ist von Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit der Menschen geprägt. Der Prozess der Globalisierung schreitet nicht nur auf internationaler Ebene voran, sondern wirkt sich auch auf den Alltag des Lebens im Gemeinwesen aus. Die Folge des Wandels, verbunden mit Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung, führt häufig zu einer Verkehrung der Opfer zu Tätern, indem die Menschen für ihr Scheitern selbst verantwortlich gemacht werden. Die mit gesellschaftlichen Ursachen verknüpften kollektiven Fragestellungen sollen individuell gelöst werden. Auf die Personen, die diesen allgemeinen Konsens nicht teilen, wird mit Unverständnis reagiert. Neu ist dabei die Komplexität der ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemlagen. Dies erfordert einen neuen Handlungsansatz, der genau diese Gemengelage zum Ausgangspunkt seiner Intervention macht. Somit begründet sich die Entwicklung einer Ökonomie für „das ganze Haus“.

Ziele

Mit Gemeinwesenökonomie wird die Entwicklung einer Gegenwirtschaft verfolgt, die sich für den Erhalt der Lebenszusammenhänge im Gemeinwesen einsetzt. Der ganzheitliche Ansatz versucht, die Unabhängigkeit der Menschen zu stärken und deren Erpressbarkeit durch die globalen Märkte zu minimieren. Dabei ist die Schaffung neuer Existenzgrundlagen sowie die Ermöglichung wirtschaftlicher Eigenaktivitäten, jenseits vom globalen Arbeitsmarkt, auf dem die betroffenen Personen in der Regel keine Chance haben, ein zentraler Ansatzpunkt. Kleine Tauschsysteme, Produktivgenossenschaften und neue Formen des gemeinsamen Lebens und Arbeitens sollen entwickelt werden. Dabei geht es um eine Mischung von » Eigen- und Erwerbsarbeit sowie die Förderung von Kooperativen, um eine ökonomische Selbstorganisation durchzusetzen. „Die regionale Förderung kann verknüpft werden, Genossenschaften und Vereine dienen dabei als Organisationsformen“ (Wallimann in Klöck, 1998, S. 61). Ziel ist eine Bündelung der vorhandenen Ressourcen und deren Stärkung durch gegenseitige Kooperation. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass die Menschen Verantwortung übernehmen und sich als ein Teil des Ganzen empfinden. Sie sollten auf diese Weise Erfahrungen von ganzheitlicher menschlicher Betätigung und Entfaltung machen. Zentrale Aufgabe in der Gemeinwesenökonomie ist es, die umfassenden Zusammenhänge und die gesellschaftliche Komplexität deutlich zu machen. Das Verstehen der Kausalitäten und Wechselwirkungen gesellschaftlicher Realität schafft die Voraussetzung zur Beteiligung und aktiven Gestaltung zukünftiger Lebenswelt.

Leitbilder

Der Konkurrenzlogik im Kapitalismus müssen in der Gemeinwesenökonomie bewusst andere Leitbilder und Koordinationsprinzipien entgegengesetzt werden. Diese sollen sich innerhalb des Gemeinwesens eigenständig entwickeln, um eine selbstbewusste Verortung in der Gesellschaft zu ermöglichen. Elsen (1998) zeigt auf, dass die kooperative Selbsthilfe und menschengerechte Ökonomie auf eine lange Ideengeschichte zurück blicken kann. Seit Beginn der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft gab es verschiedene Bestrebungen, Alternativen zu entwickeln, die dem Menschen eher gerecht werden (Elsen, 1998, S. 54 ff.). Dabei muss es zu einer Neubewertung der verschiedensten gesellschaftlichen Tätigkeiten kommen, die keinen Marktwert besitzen. Hierzu ist es erforderlich, die Rolle der Arbeit neu zu definieren, damit diese nicht mehr als menschliche Betätigung, sondern als menschliche Beschäftigung im Zentrum steht. André Gorz (1991) plädiert für eine Entkopplung von Einkommen und Erwerbsarbeit, wobei an Stelle von kapitalbringender Arbeit andere Arbeitsformen treten könnten. Gorz steht für die Versuche, zur herkömmlichen Erwerbsgesellschaft Alternativen aufzuzeigen. Er gilt als Vordenker für ein neues Gemeinwesen und prägte den Begriff der „autonomen Tätigkeitsgesellschaft“, die in den „mikrosozialen Sphären“ organisiert werden soll. Elsen beschreibt ein Koordinationsprinzip der „verpflichteten Kooperation“, mit reflektierter Solidarität als Basiswerte (Elsen, 1998, S. 85). Ausgangspunkt bildet dabei ein Leitbild mit den Vorstellungen von einem „Recht auf Gemeinheit“, welches soziale Gerechtigkeit und Teilhabe impliziert. Dieses steht konträr zu den Ideen, die das Recht des Stärkeren betonen. Louis Blanc (1811 - 1882), der von Marx als ein utopischer Sozialist bezeichnet wurde, war ein Verfechter der These, dass Konkurrenz nicht Wohlstand schaffe, sondern die Ursache für eine allgemeine Verarmung sei. Es geht also generell um ein anderes Bild vom Menschen, als jenes, das uns täglich vermittelt wird. Bei diesem allgemein gültigen stehen Werte wie Flexibilität im Vordergrund; jede Person soll unabhängig von sozialen Bindungen sein, die den Aufstieg hindern könnten. Der Mensch in der Gemeinwesenökonomie soll anders sein. Autonom denkend, den eigenen Lebensstil

verwirklichen wollend, kooperierend, an Utopien glaubend und vielleicht sogar ein bisschen rebellisch seiend. Dem „homo oeconomicus“, wo durch individuelles Handeln egoistische Ziele verfolgt werden, steht ein Leitbild des „homo cooperativus“, dessen Handlungsweisen altruistisch motiviert sind, entgegen (Elsen, 1998, S. 86 ff.).

Umsetzung

Was bedeutet dies für die Sozialarbeit?

Für die Sozialarbeit ist das ein Plädoyer für eine qualifizierte und erweiterte Gemeinwesenarbeit, da diese ein Arbeitsprinzip für die Gemeinwesenökonomie sein könnte. Dies geht mit veränderten » Anforderungen an die professionellen Kompetenzen einher. Bei der Funktionserweiterung von Gemeinwesenarbeit besteht die neue Qualität darin, sich in die lokale Ökonomie einzumischen, Vernetzungsarbeit zu leisten und Kooperation statt Konkurrenz zu fördern. Dabei steht allerdings nicht unmittelbar das Anwenden bestimmter Techniken oder Methoden im Vordergrund, sondern das konkrete Handeln. Es ist nicht ganz unproblematisch, diesen Anspruch in die Praxis umzusetzen und dort auch einzulösen, da innerhalb der Sozialarbeit noch immer der Glaube an den Sozialstaat mit seinen angebotenen Lösungen dominiert. Es wird kritisiert, dass die Interventionen der Gemeinwesenarbeit häufig soziokulturell und sozialpädagogisch ausgerichtet sind, als auf Gemeinschaftlichkeit und aktive Marktorientierung zu zielen. Sozialarbeit vermag zwar professionelle Lösungsansätze für inhumane Wohnsituationen, Langzeitarbeitslosigkeit und Ausgrenzung anzubieten. Diese sind jedoch immer nur einseitig auf das Individuum oder die soziale Gruppe gerichtet und die Probleme werden nicht gesellschaftsbezogen gelöst. Auch die Sozialarbeit muss der veränderten Situation Rechnung tragen und reflektieren, dass die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht auf den Einzelnen abgewälzt werden können. „Soziale Probleme sind stets im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu verorten, wenn die Sozialarbeit der Gefahr eines blinden Aktionismus entgegen will“ (Ries in Sahle/ Scurell, 2001, S. 45).

Exemplarisch für eine mögliche Praxis ist die Entwicklung des Gemeinwesenprojektes » Bürgerhaus Trier - Nord und seine Folgeprojekte. Gemeinwesenökonomie benötigt für die Umsetzung einer nachhaltigen, stabilen Entwicklung unterstützende Strukturen. Es wird von vielen ungenutzten Fertigkeiten und Möglichkeiten der Menschen vor Ort ausgegangen, die integriert werden sollen. Mit der Förderung ökonomischer Aktivitäten werden gemeinwesenorientierte Zielsetzungen verfolgt. Über die Angebote verschiedener Qualifizierungsprojekte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Firmen, soll die lokale Ökonomie gestärkt werden. Die zentrale Strategie für gemeinwesenorientiertes Vorgehen ist die Beteiligung und Aktivierung der Bewohner. Diese erfolgt konkret in Stadtteilkonferenzen oder themenspezifisch über städtebauliche Projekte. Ein Mietercafé, das „kommunikative Herzstück“ dient als Ort für kulturelle Aktivitäten (Binne in Sahle/Scurell, 2001, S. 200). Über gezielte Kinder- und Jugendarbeit werden auch diese integriert und ihren Bedürfnissen wird Beachtung geschenkt.

Historische Bedeutung

Da es sich bei der Gemeinwesenökonomie um eine sehr aktuelle Entwicklung handelt, ist es problematisch, eine Prognose für die weitere Bedeutung dieser alternativen Wirtschaftsweise zu geben. Offensichtlich ist, dass die Abhängigkeit der verschiedenen Initiativen und Programme von staatlichen Finanzierungsmitteln deren unabhängige Entwicklung jenseits von Staat und Kapital unmöglich macht. Rita Sahle stellt fest, dass „Geld als Synonym für den Zugang zu Macht und Ressourcen“ fungiert (Sahle, 2002, S. 136). Von daher ist es notwendig, eine grundsätzlichere Kritik zu formulieren, um hieraus fortschrittliche,

emanzipative und wegweisende Strategien zu entwickeln. Brigitte Voß sieht zum Beispiel in der Schaffung von Arbeitsplätzen, durch neu geschaffene Stadtteilinitiativen und Projekte eine positive Entwicklung. Sie bezieht sich dabei unter anderem auf die verstärkte Nutzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, EU-Förderprogrammen sowie auf das Programm Arbeit statt Sozialhilfe (Voß in Widersprüche, 1997, S. 103). Meines Erachtens sind dies keine Beispiele für eine menschengerechte Ökonomie, bei der die Förderung von Selbstbewusstsein und Selbstständigkeit eine zentrale Zielstellung ist. Die Zukunft der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) ist immer wieder unklar. Dies schafft Unsicherheiten, wodurch das Vertrauen in solche Programme geschwächt wird. Durch die staatlich vorbestimmten Anforderungen, dass es sich um zusätzliche, gemeinnützige sowie überflüssige Arbeit handeln soll, wird beabsichtigt nicht in den Arbeitsmarkt einzugreifen. Für diese Programme sind konzeptionelle Richtlinien notwendig, die eine Dauer von mindestens 2 Jahren mit eventuell weiterer Perspektive sichern. Außerdem sollte durch die Zusammenarbeit mit zuverlässigen Betrieben die Ernsthaftigkeit vermittelt werden, um es nicht als bloße Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu installieren. Voß bezeichnet die Vermittlung von Ausgegrenzten und Integrierten als eine neuartige, intermediäre Aufgabe. In der Praxis kann davon jedoch nicht ausgegangen werden, denn bei der Arbeits- und Trainingsmaßnahmenvermittlung geht es nicht vordringlich um eine konstruktive Auseinandersetzung darüber, wie der Betroffene nach seinen Vorstellungen wieder integriert werden kann. Häufig handelt es sich vielmehr um Disziplinierungsmaßnahmen, wobei die individuellen Wünsche und Bedürfnisse der Arbeitslosen eine untergeordnete Rolle spielen. Ehrenamtliche Tätigkeiten werden nicht honoriert, sondern bestenfalls mit Kürzungen geahndet. So existiert die weit verbreitete Erwartung, dass ein erwerbsfähiges Mitglied der Gesellschaft einer geregelten Erwerbsarbeit nachgeht und sich damit den materiellen Unterhalt sichert. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird diese Vorstellung noch zementiert und das Ziel, zur herkömmlichen Erwerbsgesellschaft Alternativen aufzuzeigen, weit verfehlt. Die historische Bedeutung der Gemeinwesenökonomie wird stark davon abhängen, wie viel Gegenmacht der entgrenzten Wirtschaft entgegentritt, um zukunftsfähige Alternativen zu schaffen und inwieweit gängige Vorstellungen grundlegend überprüft werden.

Ein Konzept (nicht nur) für den Jugendtreff der BGS Hackenberg

Ausgangssituation

Lebenssituation der Besucher:

- *Die jugendlichen Besucher, die unser Haus nutzen kommen überwiegend aus türkischen Familien, ein geringer Teil aber auch aus deutschen oder anderen Nationalitäten. Bei den jüngeren Besuchern zwischen 6 und 12 Jahren hat sich die Nationalitätenherkunft auf ca. 50 % Kinder mit Migrationshintergrund und 50 % Kinder mit deutscher Herkunft verändert. Der größte Teil besucht die Ortsansässige Grundschule, Hauptschule, Gesamtschulen und anderen weiterführenden Schulen. Die meisten Besucher kommen aus Familien mit mehreren (bis zu 7 Kinder) Geschwistern.*
- *Familiäre Situation: Da die Eltern überwiegend in der Industrie im Schichtdienst arbeiten, sehen sie ihre Kinder oft unregelmäßig. In vielen Familien mit Migrationshintergrund gibt es allerdings noch die klassische Rollenaufteilung, d.h.,*

die Mutter ist Hausfrau und der Vater geht arbeiten. Viele Eltern sind kaum noch in der Lage sich adäquat um ihre Kinder zu kümmern, bedingt durch Arbeitssituation, hohe Kinderzahl u.s.w.

Oft hat man den Eindruck, dass die Kinder sich selbst überlassen sind und daher in den pädagogischen Mitarbeitern der BGS Hackenberg, Ansprechpartner für alle Bereiche des Alltags suchen und in der Einrichtung auch mehr oder weniger ein „Ersatz-Zuhause“ sehen.

Sozialprognose:

- *Durch einen hohen Migrationshintergrund im Stadtteil und das Phänomen der Satellitenschüssel (Empfang von heimatssprachlichen Programmen) ist die deutsche Sprache für viele eine wirkliche Fremdsprache d.h., dass die Kommunikation und das Sprachverständnis schlecht bis mangelhaft ausgeprägt sind, selbst bei der Generation, die hier in Deutschland geboren ist. Das bedeutet von vornherein eine schlechte Sozialprognose für viele Kinder und Jugendliche. Das hat zur Folge, schlechte bzw. keine Schulabschlüsse, keine Berufsperspektive und damit keine Grundlage für eine zukunftsorientierte Lebensplanung. Das Risiko, eine „kriminelle Karriere“ einzuschlagen, ist erhöht. Des Weiteren ist zu beobachten, dass extrem junge Mädchen aus sozial schwachen Familien (hier insbesondere Deutsche und/oder Spätaussiedler) öfter Schwanger werden um hier eine Aufwertung und Anerkennung als Frau und Mutter zu erfahren und damit einen „sozialen Aufstieg“ zu vollziehen. Dieses ist aber in unseren Augen eine Fehleinschätzung und führt meistens zu weiterem sozialen Abstieg.*

Bedürfnisse der Besucher:

- *Freunde treffen*
- *essen/trinken*
- *Sport/Bewegung*
- *Computer+ Internet*
- *neue Leute treffen*
- *Ideen verwirklichen*
- *mit den pädagogischen Mitarbeitern in Kontakt treten (Konflikte ansprechen und lösen)*
- *Partys und Spaß haben*
- *Abschalten „chillen“*
- *Hilfe (Hausaufgaben, Bewerbung schreiben etc.)*
- *Nette Atmosphäre*

Pädagogische Ziele der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Einrichtung:

- *Wohlfühlatmosphäre schaffen*
- *attraktive Angebote für die Besucher schaffen*
- *Verständnis und Toleranz untereinander fördern (Multikulturelles Miteinander, Umgang von Jungen und Mädchen sowie der Umgang zwischen Jung und Alt)*
- *Kinder/Jugendliche in ihren kognitiven und motorischen Fähigkeiten stabilisieren und fördern*
- *in einem Miteinander zwischen den pädagogischen Mitarbeitern und den Besuchern eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu entwickeln*
- *Ansprechpartner in allen Lebensfragen für unsere Besucher sein*

- *die Jugendlichen zur Selbstbestimmung bzw. Selbstständigkeit befähigen und sie zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zu sozialen Engagement anregen und hinführen - Übernahme von Eigenverantwortung*
- *Konfliktbewältigung*

Methoden der sozialen Arbeit:

- *Einzelfallhilfe*
- *Gruppenarbeit*
- *Gemeinwesenarbeit*
- *Projektarbeit*
- *situatives Arbeiten*
- *Mediation/Rollenspiel*

Regeln innerhalb der Einrichtung:

- *Mitarbeiter respektieren und achten*
- *Öffnungszeiten respektieren*
- *räumliche Zuordnungen respektieren (Büro, Mädchenraum...)*
- *Umgangsformen kultivieren (keine Kraftausdrücke, Begrüßungsrituale entwickeln etc.)*
- *Keine Gewalt gegen Sachen und Personen*
- *Ordnung halten! Das heißt: Flaschen weg räumen, schmutziges Geschirr weg räumen, nach dem Essen Tische abwischen, Mülleimer nutzen etc.*
- *Der Genuss von Drogen, Alkohol und Nikotin sind verboten. Wird jemand beim Dealen erwischt, hat er mit einer Anzeige und mit einem unbefristeten Hausverbot zu rechnen.*

Bei Zuwiderhandlung muss mit einem schriftlichen Haus- und Platzverweis gerechnet werden gegebenenfalls auch einer Strafanzeige!!!

Regeln, Tipps für den Umgang mit Besuchern für Praktikanten, Bufdi's und Ehrenamtlern:

- *Sich an die oben genannten Regeln für Jugendliche halten, um ihnen ein Vorbild zu sein.*
- *Respektvoll mit den Jugendlichen umgehen*
- *An die Rahmenbedingungen der pädagogischen Mitarbeiter halten*
- *In Konfliktsituationen muss ein Mitarbeiter informiert werden!*

Öffnungszeiten, Veranstaltungen und Gruppen in der BGS – Hackenberg

Montag:

14.00 Uhr – ca. 17.00 Uhr Verwaltungs- und Projektarbeit

Dienstag:

14.00 Uhr – 16.00 Uhr Hausaufgabenhilfe

15.00 Uhr – 18.00 Uhr Öffnungszeit für Kinder (Spaß, Sport und Spiel)

15.00 Uhr – 17.30 Uhr Treff der 2. Jugend (Seniorenarbeit)

Mittwoch:

14.00 Uhr – 16.00 Uhr Hausaufgabenhilfe

15.00 Uhr – 20.00 Uhr Mädchentag (es dürfen nur Mädchen in die BGS)

17.00 Uhr – 19.00 Uhr Zirkus Orlando (Training)

Donnerstag:

14.00 Uhr – 16.00 Uhr Hausaufgabenhilfe

14.00 Uhr – 17.00 Uhr Bewerbungshilfe für Jugendliche

15.00 Uhr – 21.00 Uhr Öffnungszeit (Kinder- und Jugendtreff mit Spaß, Sport und Spiel)

18.00 Uhr – 21.00 Uhr Training verschiedene Gruppen (Tanz, Akrobatik usw.)

Freitag:

14.00 Uhr – 16.00 Uhr Hausaufgabenhilfe

15.00 Uhr – 21.00 Uhr Öffnungszeit (Kinder- und Jugendtreff mit Spaß, Sport und Spiel)

1 x im Monat von 22.00 Uhr – 24.00 Uhr Nachtfußball (Sporthalle Bergneustadt)

Samstag:

Jeder 1. und 3. Samstag im Monat von

15.00 Uhr – 21.00 Uhr Öffnungszeit (Kinder- und Jugendtreff mit Spaß, Sport und Spiel)

Sonntag:

Jeder letzte Sonntag im Monat von 15.00 Uhr – 18.00 Uhr Öffnungszeit (Kinder- und Jugendtreff mit Spaß, Sport und Spiel)

Sonderaktionen und Veranstaltungen werden durch Aushang im Vorfeld bekanntgegeben.

Altersbeschränkungen bei Öffnungszeiten:

<i>Kinder bis 12 Jahre</i>	<i>16 – 18 Uhr</i>
<i>Jugendliche von 12 – 14 Jahre</i>	<i>16 – 20 Uhr</i>
<i>Jugendliche ab 14</i>	<i>18 – 22 Uhr (bei Veranstaltungen bis 24 Uhr)</i>

Nutzung der Räume:**Oben****Mitarbeiterbüro:**

- ***Das Betreten des Mitarbeiterbüros ist für Besucher nur nach Aufforderung erlaubt.***
- ***Bei Gesprächen soll das kleine Büro genutzt werden.***

Saal:

- *Tanzangebote*
- *Sportliche Angebote*
- *Zirkus*
- *Vermietungen*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Die hinteren Räume, in denen Tische, Zirkusmaterial und Anderes gelagert wird, sollen von Besuchern nicht betreten werden.*
- *Betreuung muss gewährleistet sein.*
- *Nach der Nutzung muss der Saal aufgeräumt werden.*

Küche:

- *Kochangebote*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Die Küche ist geschlossen*
- *Bei Kochangeboten bestimmt der Chefkoch die Assistenten (max. 3). Andere Besucher dürfen die Küche nicht betreten.*
- *Wird die Küche für ein Angebot genutzt muss sie so verlassen werden, wie sie vorgefunden wurde.*

Treffpunkt:

- *Eingangsbereich*
- *Leute treffen / warten*
- *Sich unterhalten*
- *Gesellschaftsspiele*
- *Kontakt zu Mitarbeiter/Innen aufnehmen*
- *Hinweise auf Veranstaltungen (Flyer)*
- *Raum für Begrüßungsrituale*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Musik oder Fernseher dürfen laufen, aber in einer geringen Lautstärke, damit andere Besucher sich unterhalten können.*
- *Der Bereich hinter der Theke ist für Besucher tabu*

Kleines Büro:

- *Beratungsgespräche*
- *Einzelgespräche*
- *Hausaufgabenhilfe*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Der Raum darf nur von/mit Mitarbeitern betreten werden*

Gruppenraum:

- *Hausaufgabenhilfe*
- *Kreativangebote*
- *Erwachsenen- und Seniorenarbeit*
- *Stadtteilgespräch*
- *Versammlungen*
- *Jugendbeirat*
- *Spieleabend*
- *Vermietungen*
- *Gruppenangebote*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Nach der Nutzung wird der Raum aufgeräumt*

Unten

Werkstatt:

- *Reparaturen*
- *Kreative Gestaltung*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Nutzung nur nach Absprache mit den Mitarbeitern*
- *Der Raum darf nur von/mit Mitarbeitern betreten werden*
- *Das Werkzeug muss wieder an seinen Platz geräumt werden*

Fitnessraum

- *Boxen*
- *Fitness- und Gerätetraining*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Nutzung nur nach Absprache mit den Mitarbeitern (Max. 3 Personen)*
- *Der Raum darf nur mit Mitarbeitern betreten werden*
- *Die Geräte müssen wieder an ihren Platz geräumt werden*

Mädchenraum

- *Zutritt nur für Mädchen*
- *Zum quatschen und zurückziehen*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Mädchen dürfen den Raum selbst gestalten, dann aber auch in Ordnung halten*

Disco

- *Tanzen und Musik hören*
- *Aufenthalt während der Öffnungszeiten*
- *Tischtennis spielen*
- *Kickern*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *nach der Nutzung soll der Raum wieder aufgeräumt werden*

Bistro

- *Billard*
- *Kicker*
- *Darts*
- *Snacks und Getränke an der Theke*
- *Playstation 2 spielen*
- *Chill out Ecke*
- *Filme ansehen*
- *Brettspiele*
- *Kommunikation*
- *Musik hören*

Verhaltensregeln für diesen Raum:

- *Billardkugeln, Queues, Kickerbälle, Spiele und Dartpfeile müssen gegen Pfand ausgeliehen werden*
- *Bei Beschädigungen der Spielmaterialien muss für den Schaden aufgefunden werden*
- *Musik oder Fernseher dürfen laufen, allerdings nur in verträglicher Lautstärke (Unterhaltungen müssen möglich sein)*
- *Der Notausgang darf nicht als Eingangstür genutzt werden*
- *Der Raum wird nach der Öffnungszeiten gefegt*
- *Bei Filmangeboten werden alle anderen Aktivitäten eingestellt*
- *Der Thekenbereich ist für Besucher tabu*

Angebote, Ausflüge und Projekte:

- *Situationsorientiert und/oder Geschlechtsbezogen*
- *Es sollte einen Rhythmus geben, in dem Angebote stattfinden*
- *Angebote von anderen Jugendzentren wahr nehmen*
- *Mehr mit anderen JZ zusammenarbeiten*
- *Zusammenarbeit KiJuPa und Krawinkelsaal*
- *Netzwerk Hackenberg (Kindergärten, Schulen usw.)*
- *Ferienstpaßangebote*

Jugendbeirat:

- *Im Jugendbeirat sollten maximal 6 Besucher vertreten sein (3 Jungs / 3 Mädchen)*

Sitzungen:

- *Andere ausreden lassen*
- *Es wird deutsch gesprochen*
- *Meinungen von anderen akzeptieren*
- *Tolerant sein*
- *Zuverlässigkeit / Pünktlichkeit*
- *Abmelden, wenn man nicht kann*
- *Wer den Ball hat, hat Rederecht*
- *Zu Anfang und Ende findet ein „Blitzlicht der Befindlichkeit“ statt*

Rechte/Pflichten/Aufgaben

- *Für gute Mitarbeit der Gruppe, überlegt sich das Team (ca. jedes viertel Jahr) eine gemeinsame Aktion mit dem Jugendbeirat.*
- *Sie beteiligen sich abends an den Aufräumarbeiten*
- *Mitarbeit bei Partys (Aufbau, Dienste und Abbau)*
- *Interessenvertreter der Besucher gegenüber der Einrichtung*

Neugestaltung der Einrichtung**Außengelände:**

Terrasse im Bistrobereich, Spielgeräte für Kinder (Grünfläche), Kletterwand im rückseitigem Bereich der BGS, Skaterbahn usw.

Nach Überzeugung der Sozialarbeiter/Innen hat sich die bisher getätigte Investitionsleistung der Stadt Bergneustadt ausgezahlt. Zwar sind soziale Dienstleistungen schlecht berechenbar (zum Beispiel: welchen Wert hat eine Beratung, oder eine Jugendkulturveranstaltung?), jedoch sind die Leistungen im präventiven Bereich durchaus an nicht entstandenen

Folgekosten messbar. De facto liegt ein Instrumentarium zur Ermittlung tatsächlicher Zahlen nicht vor.

Für die nächsten Jahre gelten die Aufgaben und Leistungen nach dem KJHG als Grundlage. Das bedeutet für die BGS Hackenberg mindestens eine Bestanderhaltung, im Wesentlichen sogar den Ausbau der Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit.

Erkennen die Entscheidungsträger die Notwendigkeit des Konzeptes zur stadtteilorientierten Gemeinwesenarbeit, so ist damit ebenfalls ein Ausbau der Leistungen (finanzielle Mittel) verbunden.

Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung lässt eher keinen Ausbau sozialer Dienstleistungen erwarten, aber im Stadtteil Hackenberg zeigt sich, entgegen dem Trend, eine positive Entwicklung, zu sehen an der Einrichtung von Familienzentrum, Nachbarschaftstreff, Angeboten der Kirchen usw.

- Hohe Arbeitslosigkeit wird nicht beseitigt werden können, den Betroffenen muss daher ein Ersatz geboten werden. Statt eines produktiven Bruttosozialprodukts, Schaffung eines "sozialen Bruttosozialprodukts"

- Verändertes Freizeitverhalten, für die produktiv Beschäftigten nimmt Freizeit ständig zu (Teilzeitmodelle), Durchführung von Freizeitveranstaltungen Nachts und an Wochenenden.

- bedingt durch den immer häufigeren Übergang zu Ganztagschulen und der damit auch verbundenen Übernahme der Schulen des Freizeitbereiches am Nachmittag, verändert sich der Tagesablauf von Kindern und Jugendlichen in sofern, dass das offene Angebot der BGS eher in den späten Nachmittagsstunden, Abendstunden und verstärkt zu den Wochenenden stattfinden sollte.

- Notwendigkeit von verstärkter Prävention gegen Drogen, Gewalt und Kriminalität

- Medienkonsum, ständig neue Medien (Internet, Multi-Media, Handys usw.) erfordern das Neu-Erlernen einer Medienkultur, bzw. Prävention krankhafter Strukturen, und Bewahrung von Kommunikation.

- Veränderung der Familienstrukturen, Entwicklungen wie Ein-Eltern-Familien, Single-Haushalte, Patchwork Familien und späte Verwirklichung eigener Lebensentwürfe junger Menschen, Konflikte in den Familien mit Migrations- oder Übersiedlerhintergrund.

- Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft, Toleranz im Hinblick auf das Zusammenwachsen in Europa, der Anerkennung einer Einwanderungssituation verlangt endlich die aktive Gestaltung eines „Miteinander“ anstatt eines „Nebeneinanders“.

Wünschenswert wären zusätzliche personelle Möglichkeiten (gesehen im Zusammenhang mit dem Ausbau der pädagogischen Arbeit für das gesamte Stadtgebiet), Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter, Supervision, ständiger Aufbau und Ausbau von ehren- und nebenamtlicher Mitarbeit.

Gemeinwesenarbeit ist nicht nur eine Methode, sondern ein durchgängiges Arbeitsprinzip, das heißt, dass in der Praxis nicht mehr nur der Einzelfall Prinzip der sozialen Arbeit ist, sondern der Stadtteil.

Überprüfung des Konzeptes

Aufgrund der ständigen Veränderung, der vielen Einflussmöglichkeiten ist es notwendig, das Konzept und die angewandten Methoden ständig zu überprüfen. Diese Überprüfung muss zum einen durch die Mitarbeiter selber stattfinden (Teamgespräche) und wird ergänzt durch die Mitarbeit im Arbeitskreis Offene Jugendarbeit (fachliche Instanz). Ebenfalls sollte eine Überprüfung durch die Entscheidungsgremien wie Fachbereichsleitung, Sozialausschuss und Kreisjugendamt stattfinden.

Eine umfassende Prüfung des Konzeptes und der damit verbundenen pädagogischen Notwendigkeiten halten die Mitarbeiter regelmäßig für notwendig, dies liegt darin begründet, dass sich die Besucherstrukturen immer wieder verändern.

Die Durchführung von Besucherbefragungen oder Hausfluraktionen dienen ebenfalls der Reflexion und Vor- und Nachbereitung der praktischen Arbeit.

Für den Außenstehenden ist es schwierig zu erkennen, wo ein Erfolg sozialer Arbeit sichtbar oder messbar wird. In den Sozialwissenschaften werden zurzeit Modelle der Erfolgskontrolle für soziale Arbeit entwickelt.

Zukünftige Zielgruppen der präventiven städtischen Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit

Im folgendem wird die bisherige Entwicklung in einzelnen Arbeitsbereichen beschrieben und ein Entwurf der zukünftigen Entwicklung gezeichnet.

Hausaufgabenhilfe

Von Beginn an wurde die Notwendigkeit erkannt, Hausaufgabenhilfe anzubieten. Anfänglich nur auf die hauptamtlichen Mitarbeiter gestützt, wurde diese Arbeit durch den Einsatz von Schülern der weiterführenden Schulen und Honorarkräften ausgebaut. Bis 1993 sind die Kosten aus dem Etat der Stadt Bergneustadt finanziert worden. 1993 ist durch eine Sparmaßnahme der Ansatz gestrichen worden. Nach einer Unterbrechung von sechs Monaten ermöglichte eine anonyme Spende die Wiederaufnahme. Weitere Spenden folgten und konnten die Hausaufgabenhilfe, in dieser Form, bis zum Frühjahr 1996 sichern.

Durch räumliche und konzeptionelle Veränderungen in der BGS wurde die Hausaufgabenbetreuung in die Grundschule auf dem Hackenberg verlegt. Die pädagogische Leitung lag nach wie vor bei den Mitarbeitern der BGS. Die pädagogische Verantwortung für die Hausaufgabenhilfe wurde im späteren Verlauf auf den Förderverein der Grundschule Hackenberg übertragen.

Die aktuelle Situation der Hausaufgabenhilfe in der BGS stellt sich wie folgt dar:

Hausaufgabenhilfe wird vorwiegend für Kinder und Jugendliche geleistet, die auch Besucher der BGS während der Öffnungszeiten sind. In der Zeit zwischen 14 und 16 Uhr wird Hausaufgabenhilfe für Schulkinder ab 1. Schuljahr gegeben. Speziell für die Grundschüler der GGS Hackenberg besteht ein ständiger vertrauensvoller Austausch mit den Lehrern vor Ort.

Es handelt sich hierbei nicht um eine Einzelförderung (Nachhilfe). Neben der Bewältigung der Hausaufgaben sind aber auch private Sorgen und Fragen der Kinder Thema der Arbeit. Für die BGS stellt die Hausaufgabenhilfe auch den Einstieg in die Kinderarbeit dar, da viele Kinder noch die Nachmittage in der BGS verbringen oder an anderen Aktivitäten teilnehmen. Damit wird eine Vertrauensbasis geschaffen, die bei der Bewältigung von Konflikten mit den "späteren" Jugendlichen von großer Bedeutung ist. Die Erfahrung zeigt, dass Kinder, die die Hausaufgabenhilfe besuchten auch eine enge und lange Bindung an die BGS haben.

Für die teilnehmenden Kinder stellt die Hausaufgabenhilfe eine wichtige Hilfe bei der Bewältigung ihres Alltags dar. Mit "gemachten" Hausaufgaben in die Schule zu kommen, nimmt den Kindern einen großen Druck. Insgesamt profitieren aber auch die "besseren" Schüler eines Klassenverbandes davon.

Im Stadtteil Hackenberg bieten folgende Einrichtungen auch eine Hausaufgabenhilfe an:

- offene Ganztagsgrundschule*
- Nachbarschaftshilfeverein*
- Förderverein der GGS Hackenberg*

Offene Kinderarbeit

Die Verbindung zur Hausaufgabenhilfe ist oben schon dargestellt. Über den offenen Spieltreff an den Nachmittagen haben die Kinder einen ersten Zugang zu den Angeboten. Ergänzt wird dieser Bereich durch Gruppenangebote im kreativen, sportlichen, musischen und kognitiven Bereichen. Hier spielt der Einsatz von Praktikanten/Innen eine wichtige Funktion, die bei solchen Angeboten gut einzusetzen sind.

Über besondere Veranstaltungen wie Kindertheater, Kinderfilmclub, Kinderdisco, Hausrallyes (themenbezogen), Kinderkarneval usw. werden nicht nur die täglichen Besucher sondern Kinder aus dem ganzen Stadtgebiet erreicht. Die Veranstaltungen zielen darauf ab in

Konkurrenz zu treten mit Fernsehen und Videospielen: Das bedeutet, dass Abenteuer und Spiel, Spaß nicht aus"2. Hand" zu erleben, sondern selber zu erfahren sind. Die Eigenbeteiligung und Selbstorganisation von Freizeitgestaltung wird gefördert und angeregt.

Die BGS war schwerpunktmäßig immer am Ferienspaß beteiligt. Die Absicht einkommensschwachen Kindern attraktive und erlebnisreiche Ferien zu bieten stehen im Vordergrund. Dabei wurden sowohl Angebote über mehrere Wochen (Bauspielplatz) als auch Fahrten oder Tagesveranstaltungen (Ausflüge, Wanderungen, Kino) durchgeführt.

Bisher wurden 4 Stadtranderholungen durchgeführt. Die Stadtranderholung ist ein Ganztagesangebot für Kinder im Alter von 8-14 Jahren in der Ferienzeit. Im Mittelpunkt der sozialpädagogischen Aktion steht eine Spielidee (Indianer, Hallo Alfred, Zirkus). Die Teilnehmer sind deutscher, türkischer, polnischer, russischer und argentinischer Herkunft gewesen. Das Projekt beabsichtigt einen integrativen Ansatz. Die Kinder erlernen unter Anleitung Fertigkeiten, wie das Zusammenstellen eines Programms für eine Aufführung, das Üben in der Gruppe, und das Anfertigen von Hilfsmitteln und Dekorationen. Im Mittelpunkt steht das Erlernen motorischer Fähigkeiten, Gruppenverhalten, Kreativität, Selbstbewusstsein, Überwindung von Angst, bzw. Selbstzweifeln und Bestärkung durch die Gruppe. Verfolgt wird das Prinzip der Ganzheitlichkeit, das bedeutet, dass für die Ausbildung zur starken Persönlichkeit Kinder lernen müssen, Vorgänge möglichst in ihrer Ganzheitlichkeit zu erfahren, bzw. Selbstständig ganzheitliche Vorgänge durchführen und abschließen lernen.

Die Stadtranderholung soll auch künftig fester Bestandteil der pädagogischen Arbeit der BGS sein. Es handelt sich um eine freizeitorientierte Maßnahme, die Kinder unterschiedlicher Herkunft in eine homogene Gruppe integriert. Dabei werden erlebnispädagogisch geprägte Erfahrungen, die dem Bewegungsdrang der Kinder entsprechen, gemacht und teilweise Grenzerfahrungen ermöglicht. Nicht zu unterschätzen sind Lerneffekte im Bereich von Geduld und Ausdauer. Die Ergebnisse sind positiv besetzt und erfolgreich. Sogar eine Tournee zum Beispiel durch städtische Einrichtungen (Kindergärten und Grundschulen) ist durchführbar.

Die Kinderarbeit ist die notwendige Voraussetzung für eine funktionierende Jugendarbeit. Beim einzelnen besteht die Möglichkeit frühzeitig defizitäre Entwicklungen zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Im präventiven Bereich stellt das Einüben von Toleranz und Akzeptanz einen Ausgangspunkt und Grundlage für eine erfolgreiche Jugendarbeit dar. Einige der Kinder von 1985 stellen heute wichtige Partner (Jugendbeirat, ehrenamtl. Mitarbeiter/Innen) der Jugendarbeit.

Mädchenarbeit

Die ersten Jahre war die BGS für den Bereich der Jugendarbeit eine von Jungen dominierte Einrichtung. Die Besucher waren in der Mehrzahl männlich und auch die Angebote, bzw.

Ausstattung und Gestaltung sprachen zunächst überwiegend Jungen an. Deshalb war die Forderung nach Beschäftigung einer Sozialarbeiterin und der Gestaltung eines Arbeitsbereiches "Mädchenarbeit" nur folgerichtig.

Mit der Einstellung von Gitta Esch und der Entwicklung einer Mädchen- und Frauenarbeit veränderte sich die Besucherstruktur total. Die Entwicklung wurde mit Mädchenspezifischen Angeboten eingeleitet und die Einrichtung eines "Mädchentages" eingeführt.

Die weitere Entwicklung führte zur Begründung eines "Mädchencafes" in Eigenregie als "Hilfe zur Selbsthilfe".

Weitere wichtige Stationen waren: Schaffung des Mädchen Treff „Sit-in“

Als Arbeitsfelder der Mädchenarbeit sind zu nennen:

-Treffpunktbereich: Freiraum, Begegnung, Beratung, Information, Animation, Kontakte, eigene Gestaltung von Zeit, Aneignung von Räumen, Verantwortungsfreiraum.

-Bildungsarbeit: intensive Begegnung, Kenntnis über Frau sein, Frauengeschichte, Zukunftsgestaltung, Identität.

- Gruppenarbeit: Begegnung, Beratung, Information, Spaß, Übernahme von Verantwortung, eigene Interessen Bedürfnisse, Fähigkeiten herausfinden und umsetzen.

- spezielle Dienste: Einzelberatung, Aufklärungsarbeit, Beratung bei Konfrontation mit Männergewalt, Identität.

- Aktionen, Veranstaltungen, Projekte: Information, Austausch, Solidarität und Identität.

Mädchengerechte Angebote aus Bewegung, Sport und Technik sind auszubauen.

Zunehmend nehmen Mädchen/Frauen Verantwortung, Gestaltung und Ausführung von Aktion, Projekte der BGS mit in die Hand und mischen sich ein bei der Gestaltung von Programmen und Gestaltung der BGS (Pro Jugend).

Mittlerweile erreicht das Arbeitsfeld "Mädchen" nicht nur Mädchen aus sogenannten privilegierten Familien, sondern Mädchen aus allen Schichten und verschiedener Herkunft. Es zeigte sich, dass Mädchenarbeit einen "langen Atem" benötigt, um bei Mädchen und Eltern das notwendige Vertrauen aufzubauen. Verständnis, Preisgeben eigener Gefühle, Widersprüche, Defizite und Grenzen, sowie persönliche Kritik und Konfliktfähigkeit sind Voraussetzung dieser Arbeit. Es sind geschlechtsspezifische Arbeitsansätze zu entwickeln, die entweder als eigenständige kontinuierliche Angebote nur für Mädchen gestaltet sein können.

Zukünftig bedeutet das für die Mitarbeiter/Innen eine stärkere Auseinandersetzung mit Problemen der Mädchen, so dass Weiterbildung ein Muss darstellt.

Die einmal begonnen und erfolgreiche Entwicklung des Arbeitsfeldes muss beibehalten und auf neue Entwicklungen müssen die Mitarbeiter/Innen reagieren können. Mit Entwicklung und Ausbau der Mädchenarbeit stellt sich die Frage einer geschlechtsspezifischen Jungenarbeit.

Offene Jugendarbeit

Die Situation Jugendlicher im Stadtteil Hackenberg war Ausgangslage für die Errichtung der BGS. Folglich sollte auch der Schwerpunkt im Bericht der Offenen Jugendarbeit liegen. Diesem Auftrag ist die BGS gerecht geworden und hat auch für die Zukunft Priorität.

War zunächst der lockere Treffpunkt im Vordergrund, so hat sich im Laufe der Jahre eine intensive Beziehungsarbeit entwickeln können, in der Vertrauen, Zusammengehörigkeitsgefühl und Solidarität von Bedeutung sind. Oberstes Gebot sind Gewaltlosigkeit und Toleranz.

Grundsatz für die offene Jugendarbeit ist nach gängiger Auffassung die Freiwilligkeit ihrer Annahme und die Offenheit. Das heißt es besteht vom Grundsatz her keine Einschränkung bezüglich Geschlecht, Nationalität und Schichtzugehörigkeit der Jugendlichen.

Die Offene Jugendarbeit vollzieht sich in vier Arbeitsfeldern:

- Treffpunkt: Freiraum (Entspannung, Erleben, Feiern, Spaß), Begegnung, Information, Übernehmen von Verantwortung, Animation und Kontakte.
- Gruppenarbeit: Begegnung, Beratung, Information, Übernehmen von Verantwortung, Bildung, Freiraum
- spez. Dienste: Beratung, Information, Kontakte herstellen, Bildung
- Aktionen/Veranstaltungen/Projekte: Begegnung, Information, Übernehmen von Verantwortung, Animation, Bildung, Freiraum

Die Offene Jugendarbeit der BGS erreicht Jugendliche aus dem ganzen Stadtgebiet und darüber hinaus. Natürlich sind nicht alle Jugendlichen Besucher der BGS, aber verschiedenste Gruppen, Szenen und Cliques machten die BGS zu ihrem "Haus". Oft rivalisieren Gruppen untereinander, so dass Konflikte aufkommen. Gemeinsam mit Mitarbeiter/Innen und Betroffenen werden Lösungswege gesucht und gefunden. Waren in den ersten Jahren ausländische Jugendliche die größte Besuchergruppe, so entspricht die heutige Besucherstruktur der Struktur des Stadtteils. Ständiges Lernfeld für Besucher/Innen und Mitarbeiter/Innen ist das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Nationalitäten. Zum Beispiel waren Auseinandersetzungen mit rechten deutschen Jugendlichen, aber auch

mit rechten türkischen Jugendlichen zu bestehen. Die BGS "stiftet" bei einem immer größer werdenden Teil deutscher und ausländischer Jugendlicher die Einsicht, dass nur ein multikulturelles Verständnis hilft die Alltagsprobleme zu bewältigen.

Über die Treffpunktarbeit ist es gelungen Jugendliche in Gruppen und Projekten an bestimmte Themen heranzuführen. Der Jugendbeirat initiierte das Projekt "Pro Jugend" - Jugendliche mischen sich ein. Ausschusssitzungen sind besucht, Kommunalpolitiker eingeladen worden. Erfolge und Misserfolge mussten bewertet und verarbeitet werden. Weitere Schwerpunkte waren Anti-Drogen AG, Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt und Zeitungs- AG.

High- Lights sind Großveranstaltungen mit den Jugendeinrichtungen im Oberbergischen Kreis (One -World- Partys).

Zukünftige Ziele sind die Verselbständigung von Teilbereichen und verstärkte Übernahme von Eigenverantwortung. Einbindung der jugendlichen Aussiedler. Entwicklung eines Arbeitsansatzes mobiler Jugendarbeit.

Senioren- (Treff der zweiten Jugend)

Von Beginn an zielten Veranstaltungen und Angebote darauf ab, auch Erwachsene und ältere Bewohner/Innen anzusprechen und zu aktivieren. Zunächst waren unregelmäßige Angebote wie Tanzabende, Familiencafe, Ausflüge und Filmabende möglich.

Vor ein paar Jahren wurde der "Treff der zweiten Jugend" in Zusammenarbeit mit einem Träger aus Köln gegründet. Nunmehr ist daraus ein fester Arbeitsbereich mit einem wöchentlichen Treff am Montag geworden. Gymnastik und Entspannungsübungen, Musik und Gesang (BGS Haus Combo), Vortragsveranstaltungen, Bastelangebote und Ausflüge in die nähere Umgebung sind die Aktivitäten. Ohne ehrenamtliche Mitarbeiter/Innen könnte dieser Arbeitsbereich nicht mehr aufrechterhalten werden.

Unter heutigen Arbeitsbedingungen kann der Stand dieser Arbeit nur gehalten, nicht aber ausgebaut werden. Denkbar wäre jedoch eine Ausweitung ehrenamtlicher Arbeit, die verselbständigt zusätzliche Angebote schafft. Schwerpunkt ist nicht nur die reine Freizeitgestaltung, sondern auch Themenbereiche wie Gesundheitsfürsorge, "aktives" Altern (Aktivierung der Ruheständler, Nutzung von Erfahrung und Fertigkeiten, Hilfen für junge Familien, Leihoma und -opa) usw. Thematisiert werden müsste das Leben und Wohnen im Alter (Telefonketten, Einkaufshilfen etc.)

Ausländerarbeit/ Multikulturelle Sozialarbeit

Bedingt durch das Wohnumfeld waren ausländische Besucher von Anfang an stark vertreten. In Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt "Türk Danis" wurden Hilfen, Gruppen und Veranstaltungen angeboten und durchgeführt. Diese Arbeit wurde durch die Bildung eines Ausländerbeirates noch intensiviert.

Internationale Feste, Diskussionen, Internationales Kinderfest, Aufsatz und Malwettbewerb und ein daraus entstehender Kalender waren High Lights. Im Rahmen einer ABM entwickelte ein Mitarbeiter das Forum der Internationalen Begegnung. Hier wurden fast alle Lebensbereiche der in Bergneustadt lebenden ausländischen Familien thematisiert. Auch bei den erwachsenen Ausländern hat die BGS eine hohe Akzeptanz erreicht.

Es ist zu erwarten, dass auch die Mitarbeiter beim immer offener zu Tage tretenden Generationskonflikt gefordert sind. Mut zur Diskussion und Auseinandersetzung ist gefragt.

Für viele ausländische Bewohner wäre es hilfreich, wenn sie eine Anlaufstelle für eine spezielle Beratung hätten. Im Hinblick auf die Entwicklung einer Multikulturellen Gesellschaft wäre es wünschenswert mit ausländischen Sozialarbeiter/Innen zusammenzuarbeiten, um auf kulturelle Unterschiede besser eingehen zu können. Es ist davon auszugehen, dass hier die Chance für die Zukunft besteht, verlorengegangene und überholte Werte mit neuen Inhalten zu füllen. Es gilt die Auseinandersetzung mit verschiedenen Kulturen erfahrbar, spannend und lebbar zu gestalten. Das bedeutet nicht die Anpassung, sondern die Entwicklung neuer Lebens- und Umgangsformen. Ein entscheidender Partner bei der zukünftigen Entwicklung könnte ein neu zu installierender Ausländerbeirat sein.

Kulturveranstaltungen

Kultur schafft Identität! Die Vorbereitung und Durchführung von Kulturveranstaltungen bindet die Mitarbeiter/Innen enorm. Deshalb ist Kulturarbeit kein Schwerpunkt der Arbeit der BGS geworden. Dennoch konnte mit Veranstaltungen wie Stadtteilstfest, Kinderkarneval, Internationale Feste, One-World-Party, Rockveranstaltungen einige Impulse gesetzt werden, die in der alltäglichen Arbeit positiv wirkten.

Erwachsene ehrenamtliche Mitarbeiter/Innen könnten hier eigenständig Kulturarbeit entwickeln.

Öffentlichkeitsarbeit

- *gezielte Informationen über die Arbeit der BGS mit aktuellem Programm als Flyer und/oder Plakat, PowerPoint Präsentation an die Schulen im Stadtgebiet. Hier sollte besonderes Augenmerk auf die Grundschule im Stadtteil gelegt werden.*
- *gezielte wöchentlich aktuelle Informationsverbreitung über die Homepage der BGS, Stadtteilzeitung (Hackenberg Aktuell) und die örtliche Presse*
- *Verbreitung der News über regionalen Radiosender „Radio Berg“*

Dienstleistung der Stadt Bergneustadt

Sicherlich stand der Bau der BGS bei den Entscheidungsgremien auch unter dem Motto “Holt die Jugend von der Straße”. Sozialarbeit also in der Funktion einer “Feuerwehr” für soziale Probleme. Die BGS hat diese Funktion wahrgenommen, aber sich nicht darauf beschränkt

und zählt heute anerkanntermaßen zur notwendigen Infrastruktur des Stadtteils. Wenn die Möglichkeit besteht die Arbeit der BGS weiter zu entwickeln, wird sie als Definitionsinstanz und Innovationsträger für soziale Arbeit ein qualitatives Dienstleistungsangebot für den Bürger stellen.

Zukünftige Entwicklung “Grenzen überwinden, gemeinsam Zukunft gestalten”

Soll die Arbeit der BGS weiterhin erfolgreich, lebendig, innovativ und im Dienste der Bürger sein, so müssen sich die Arbeitsschwerpunkt weiterentwickeln können, damit die Einrichtung und die Mitarbeiter/Innen auf gesellschaftliche Veränderung reagieren können. Mit dem o.g. Motto wollen die Mitarbeiter/Innen ausdrücken, dass sich im Stadtteil Hackenberg eine Entwicklung vollzogen hat, die weit über das kennenlernen hinausgeht. Zukünftig gilt es Möglichkeiten zu schaffen, wo Unterschiedliches in den Hintergrund tritt und bewältigt wird und Gemeinsamkeiten entdeckt und ausgebaut werden. Schließlich soll ein Prozess gemeinsamen Gestaltens in Gang gesetzt werden.

Damit dieser Prozess eintritt, sind nachfolgende Zielsetzungen zu beachten und umzusetzen:

- Bestandsicherung der bisherigen Arbeit, keine weiteren Kürzungen
- Zuspruch und Unterstützung durch die Öffentlichkeit
- Zusammenarbeit mit Schule, Kindergarten und anderen Institutionen verbessern, bzw. aufnehmen
- Vernetzung mit Spezialdiensten/soziale Arbeit als dezentrale Aktion, Stadtteilbüro
- Diskussion über Neustrukturierung der Bezirkssozialarbeit
- Stabilisierung als Anlaufstelle verschiedenster Zielgruppen
- Ausbau von Beratungsangeboten
- stärkere Kontaktaufnahme zu Zielgruppen außerhalb der BGS
- Entwicklung einer “Präventiven Arbeit” im Sinne von Gewaltfreiheit und der Akzeptanz des anderen,
- Drogenprävention
- Stärkung der Persönlichkeit
- Leben mit Medien gestalten
- Elternarbeit installieren
- Offenheit der BGS sichern
- Weiterentwicklung der städtischen Sozialarbeit
- Umsetzung nach dem KJHG,
- Festschreibung eines adäquaten Stellenplanes
- Schaffung eines Fortbildungsplanes zur Qualifizierung der Mitarbeiter
- Ausbau und Schulung ehrenamtlicher Mitarbeiter/Innen
- Transparenz der Arbeit zum Träger erhöhen
- zusätzliche Finanzierungen und Personalmöglichkeiten über Landes- und Kreismittel aufbauen
- Durchführung von mobiler aufsuchender Sozialarbeit

- *Aktivere Öffentlichkeitsarbeit, Medien nutzen*

Die genannten Punkte beziehen sich nicht allein auf den Verantwortungsbereich der BGS Hackenberg, sondern sind ausdrücklich auch als Arbeitsfelder der gesamten städtischen Sozialarbeit gemeint.

Dieses Konzept erhebt nicht den Anspruch der Vollständigkeit und ist jederzeit erweiter- und/oder veränderbar. Es soll eine „Gadankenstütze“ für die zukünftige soziale Arbeit (nicht nur) der Begegnungsstätte Hackenberg sein.

Das Team der BGS Hackenberg